

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonette  
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Inserate  
 und Veranlassungen 30 Pf.,  
 „Kleiner Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:  
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 29. August 1901.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Der neue Kulturkampf.

In Osnabrück haben sich die katholischen Centrumsdebatanten von Dabach'schen Eigenheiten, deren wir gestern gedachten, zu einiger politischen Bedenklichkeit erhoben. Nicht etwa, als ob diese Bedenklichkeit einer geistigen Erhöhung der Beratungen gedankt würde; eher versahen die Herren Gröber und Wagem in unfehlbarer Komik durch pathetische Erklärungen, wie die, daß der Katholizismus durchaus sich nicht gegen die Entwicklung der Menschheit sträube, habe doch der Katholik Kolumbus Amerika entdeckt. Nur das schwere Pflanzgewicht der ausschlaggebenden politischen Partei vermag den Anklagungen der Osnabrücker Heerschau Beachtung zu sichern.

Noch niemals stand eine Generalversammlung des deutschen Centrumskatholizismus so sehr, so fest ausschließlich unter dem Zeichen der Gegnerschaft und des Kampfes gegen die Socialdemokratie. Früher sah das Centrum den Feind im protestantischen Staat, der die katholische Kirche bedrückte. Jetzt geht es mit dem protestantischen Staat, mit den Neuern der andern Konfessionen gegen die Socialdemokratie. Die Streitigkeit des alten Kulturkampfes ist begraben und das letzte dürftige Parastück aus der früheren Kampfesperiode, die Forderung der Verfechtung des Jesuitengesetzes, verschwindet in dem neuen Kulturkampf der kirchlich bevormundenden und wirtschaftlich ausbeutenden Autorität gegen die Freiheitsbewegung der Arbeiterklasse.

Es ist nötig, in längerer Wiedergabe den Ungeist und die trübselnde Heuschrecke der Centrumpolitik zu zitiieren.

Nachdem zunächst in der Generalversammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ Herr Gröber Kolumbus und Vasco de Gama als Katholiken gefeiert und die Socialdemokratie wieder einmal fälschlich als Partei des Atheismus bekämpft hatte, nachdem ferner Herr Wagem das Centrum als „das feste Bollwerk für Thron und Altar“ eingeschätzt hatte, erstattete der Generalsekretär des Volksvereins Dr. Pieper den Jahresbericht. Er führte aus:

Der Volksverein zählte im Jahre 1900 181 744 Mitglieder. Der Volksverein erstrebt mit wachsendem Erfolge zunächst die Aufgabe, die katholischen Männer zum Bewußtsein und zur Betätigung der sozialen Grundzüge des katholischen Glaubens im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben anzueifern und zu befruchten und gleichzeitig die falschen Lehren der Socialdemokraten zurückzuweisen. An der Centralstelle sind sieben Beamte literarisch thätig, denen je ein besonderes Gebiet der sozialen Fragen, welche den Bauern, Handwerker, Kaufmanns- oder Arbeiterstand betreffen, zur Bearbeitung zugewiesen ist. Die Notwendigkeit angemessener landwirtschaftlicher Schutzzölle wurde dauernd bestritten und verteidigt. Das Flugblatt über die Getreidezölle ist bereits in 400 000 Exemplaren verbreitet. Zur Förderung des Handwerks, des Kaufmanns- und Arbeiterstandes wurden die Mittel der Vereinstätigkeit in gleicher nachhaltiger Weise benutzt. Der sozialen Schulung der katholischen Arbeiter und Handwerker wurde gebührend durch Gründung sozialer Unterrichtsstunden und Verbreitung der Fachpresse. Der Redner wies im weiteren auf die Gefahren hin, die der katholischen Kirche durch die unablässige Agitation der Socialdemokratie erwachse. Wäre der Volksverein 1898 stürker gewesen, dann hätten die Socialdemokraten bei den Wahlen 1898 nicht solch große Erfolge erzielen können. Die Socialdemokraten halten in allen Winkeln Versammlungen auf Versammlungen ab. Sie verteilen des Sonntags, selbst in den kleinsten Dörfern, im ganzen Lande, Millionen von Flugblättern. Der immer größer werdende Zug der Landarbeiter in die Städte und in die Fabriken führe der Socialdemokratie mannhörlig neue Anhänger zu. Die Katholiken können und dürfen es sich aber nicht länger gefallen lassen, daß die Socialdemokraten ihnen stülings ihre Glieder wegnehmen. Bereits haben die Socialdemokraten die Herrschaft in den Gewerbergerichten, den Krankenlassen-Vorständen und Gesellen-Kassationen an sich gerissen. Wenn dieser Agitation mit Erfolg entgegengetreten werden solle, wenn der Katholizismus erfolgreich seinen Siegeszug durch Deutschland unternehmen wolle, dann sei es notwendig, in erster Reihe den Volksverein zu fördern. (Stürmischer Beifall.)

Unter gleichfalls stürmischem Beifall — von Völlerschüssen, die sonst zum Beifallsinventar der Generalversammlung gehören, wird in diesem Fall nichts berichtet — bestieg darauf Abg. Lieber die Tribüne und besprach den Jahresbericht also:

Höchst bedauerlich ist es, daß wir trotz aller Generalversammlungen immer bei der Zahl 180 000 stehen bleiben. Wenn wir die Socialdemokratie nach der Stimmzahl beurteilen, die bei den Wahlen für sie abgegeben wird, dann ist ihre Zahl zehnmal so groß, als der Volksverein für das katholische Deutschland. Diese Thatsache ist für uns nicht nur eine Schande, sondern eine direkte Lebensgefahr. (Beifall.) Es ist daher die Pflicht jedes Katholiken, sich dem Volksverein anzuschließen. Es muß unseren katholischen Mitbürgern klar gemacht werden, daß wenn unser Glaube erhalten und unsre heilige Kirche die ihr von Gott gestellte Aufgabe, den Sieg über die Menschheit zu erringen, erfüllen wolle, dann müsse der Volksverein im Kampf vortreten. Es müsse den Angehörigen unsrer Kirche die Ueberzeugung beigebracht werden, daß, wer sich nicht dem Volksverein als Mitglied anschließt, der erfüllt nicht die Anforderungen unsrer Zeit. (Stürmischer Beifall.)

Der folgende Vortrag des Herrenhaus-Mitgliedes Freiherrn v. Wendt, der Vermehrung von Schulen und Kirchen empfahl, um „dem Unglauben und den Unvorsurden mit voller Energie entgegenzutreten zu können“, wurde unterbrochen durch eine monarchische Kundgebung; es traf das Telegramm des Freiherrn v. Lucanus ein, das den kaiserlichen Dank „für das Gelübnis unwandelbarer Treue und Ergebenheit“ aussprach und das mit einem stürmischen Kaiserhoh von der Versammlung aufgenommen wurde.

Ein weiterer Vortrag, der die Christlichkeit und Arbeiterpolitik des Centrums herlich offenbarte, behandelte den „Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen“. Abg. Herold, ein Agrarier, würdig zum Bunde der Landwirte zu zählen, sollte dem Centrumsgefolge den schmählichen Brotwucher in eine Rettung der notleidenden Landwirtschaft verzaubern. Herr Herold verkündete also wunderfame Weisheit:

Das Centrum sei stets für den wirtschaftlich Schwachen, den Mittelstand und die Arbeiter, eingetreten. Die Industrie werde nicht geschädigt, wenn die Lage des Arbeiters eine bessere werde. Der Redner erwähnte im weiteren der Arbeiterkassengesetze, für die das Centrum stets eingetreten sei. Es müsse ganz besonders für Erhaltung des christlichen Familienlebens gewirkt werden, damit werde man am wirksamsten die Socialdemokratie bekämpfen. (Lebhafter Beifall.) Das Centrum sei stets eingetreten für Erhaltung und den Schutz des Handwerks, um daselbe in die Lage zu versetzen, den goldenen Boden wiederzugewinnen. (Beifall.) Der Redner erwähnte ferner der großen Verkaufsbazare. Katholische Socialpolitiker haben die Anregung für ein Gesetz gegen den unantwärtigen Wettbewerb gegeben. Das Centrum habe beantragt, den Offiziers- und Beamtenvereinen den Verkauf an Nichtmitglieder zu verbieten und eine Untersuchung über industrielle Syndikate und Kartelle anzustellen. (Beifall.) Die Landwirtschaft müsse sich in erster Reihe selbst helfen. Wenn die Landwirtschaft infolge der ausländischen Konkurrenz nicht mehr bestehen könne, dann müsse derselben ebenso zu Hilfe gekommen werden, wie den Arbeitern und Handwerkern. Ebenso wie der Industrie Schutzzölle gewährt worden seien, um dieselbe wieder zur Blüte zu bringen, so müsse auch den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein entsprechender Schutz gewährt werden. In dieser Beziehung stoße man in weiten Kreisen auf großen Widerstand. Man sage, die landwirtschaftlichen Zölle kommen lediglich den Großgrundbesitzern zu gute. Man verpasse dabei, daß in Rheinland, Westfalen und in ganz Mitteldeutschland Großgrundbesitzer in sehr geringer Zahl, aber dort überall ein sehr zahlreicher Bauernstand vorhanden sei. Man habe doch seiner Zeit die Eisenzölle nicht eingeführt, um den wenigen Millionären in der Eisenindustrie zu helfen, sondern um der Eisenindustrie selbst wieder aufzuhelfen, und den deutschen Arbeitern wieder Arbeit und auskömmlichen Lohn zu verschaffen. Und das was man der Industrie mit Erfolg gewährt habe, könne auch die Landwirtschaft verlangen. Das sei einfach eine Forderung der Gerechtigkeit. Es sei notwendig, so viel im Inlande zu erzeugen, um die Bedürfnisse des Landes selbst zu decken und sich vom Auslande unabhängig zu machen. Die Forderungen seien infolge der modernen Verkehrswerte derart, daß die deutsche Landwirtschaft mit dem Auslande nicht konkurrieren könne. Wenn die Landwirtschaft zu Grunde gehe, dann werden sich die Landarbeiter naturgemäß der Industrie zuwenden und somit die Löhne dieser Arbeiter drücken. Eine konsumtionsfähige Landwirtschaft trage hingegen auch zur Blüte der Industrie bei. Und daß durch die erhöhten Zölle die Arbeiter keinen Schaden haben, erhebt doch aus dem Umstande, daß der Ueberfluß der Kollektoren zu Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter verwendet werden solle. (Lebhafter Beifall.) . . . Jedenfalls wird das Centrum in der Reichstags-Session bei Beratung des Zolltarifs vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt werden. Allein haben Sie Vertrauen zum Centrum, es wird wie immer seine Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit zu lösen wissen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner führt im weiteren aus, daß das Centrum auch für das Wohl der Arbeiter und Handwerker nach wie vor mannhöft eintreten werde, nicht aus Furcht vor den Socialdemokraten, wie Liebknecht einmal gesagt hat, sondern aus christlichem Gerechtigkeits- und Pflichtgefühl. (Stürmischer Beifall.) Das Christentum ist die beste Socialschule. Der staatliche Kulturkampf ist zu Ende, der Kulturkampf der Umsturzkräfte beginnt. Das Centrum wird diesem neuen Kulturkampf mit Gottes Hilfe ebenso siegreich zu begegnen wissen, wie er den staatlichen Kulturkampf siegreich zurückgeschlagen hat. (Stürmischer Beifall.)

Der Centrumsredner des Brotwuchers hat es vorzüglich unterlassen, das geplante Höhermaß dieses Wuchers anzugeben; darin eben liegt ja die „schwierige Aufgabe“ des Centrums in der nächsten Reichstags-Session, wie ein möglichst hoher Kornzoll dem Volke auferlegt werden kann, ohne daß seine Arbeiteranhänger ihm entzweielt den Rücken kehren. Mit unglücklich thörichtem Schwindel versucht Herr Herold die Wucherbestrebungen des Centrums als christliche Gerechtigkeit den Arbeitern vorzutauschen.

Das Centrum ist die Partei des Ausgleichs, sie hat allen geholfen und wird ferner allen helfen: Das Centrum hilft dem Mittelstand und der Landwirtschaft, den Arbeitern und den Unternehmern. Den Arbeitern hat es „aus christlichem Gerechtigkeits- und Pflichtgefühl“ geholfen, indem es jede Socialreform hundertfach verwässerte und die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als ewige Gottesordnung proklamirte. So will es jetzt „der Landwirtschaft“ helfen durch Brotwucher. Das ist der christliche „Ausgleich“ des Centrums: Einige Rehmansenbe, die ob übermäßig hoher Güterpreise die Auslandskonkurrenz zur Herabminderung eines „standesgemäßen“ Daseins nötig, sollen hunderte Millionen geknecht erhalten, während 50 Millionen der deutschen Bevölkerung, deren größter Teil in dürftiger Existenz darbt, einer Verteuerung der nötigsten Lebensmittel überliefert wird!

Was der Industrie recht ist, soll der Landwirtschaft billig sein! — sagt Herr Herold. Aber in Wahrheit haben auch die Eisenzölle nicht die „Eisen-Industrie“ und nicht die Arbeiter dieser Industrie gefördert, sondern nur zu Gunsten der Eisenfabrikanten die Eisen-Erzeugnisse verteuert, so weit verteuert, daß längst an das Ausland das deutsche Eisen billiger verschleudert wird, als der deutsche Verbraucher es kauft. So haben auch die Agrarzölle bisher nicht den kümmerlich sich nährenden kleinen Bauern und nicht den Land-

arbeitern genützt, sondern nur den vermög einer ungerechten Eigentums- und Privilegienordnung den Grund und Boden des Landes bewuchernden Feudalherren und Großbauern. Und diese schmähliche aller Blendungsmethoden will das Centrum in erneuerter Verschärfung gegen die arbeitenden Volksschichten ergöttern!

Herr Herold will die Centrumsarbeiter erschrecken, indem er andeutet, der Niedergang der Landwirtschaft werde die Landarbeiter in die Städte treiben und hier die Konkurrenz der Arbeiter unter einander vermehren. Aber haben die blöherigen Kornzölle diese Abwanderung vom Lande gehindert? Wird nicht auch nach der Erhöhung der Zölle der Landarbeiter die Junker-Lande räumen und dem russischen Zuwanderer den Platz im Junker-Arbeiters besser und zugleich die städtische Arbeiterschaft vor Lohn- und Hunger drücken, so möge es nur zwei leicht zu erfüllende Vorschläge sich zu eigen machen und durchführen; es möge den Landarbeitern das Koalitionsrecht geben, damit sie eine Verbesserung ihrer Lage erringen können; es möge den Junkern von Gesetzeswegen auferlegen, sagen wir nur die Hälfte der Mehreinnahmen durch den Zollwucher den Arbeitern auf ihren Gütern auszugeben!

Wie denkt das christliche Centrum über diesen „Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen“?

Herr Herold hat vorläufig nur jene erbärmlichste Täuschung der Arbeiter in sein Ausgleichsprogramm aufgenommen, daß der Ueberfluß der Kollektoren zu Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter verwendet werden solle. Es mögen seltsame Arbeiter gewesen sei, die diesem Trug lebhaften Beifall spendeten. Werden die zu erwartenden Mehreinnahmen des Reichs aus der Kornzollerhöhung nicht für Zwecke des Militarismus und Marinismus, die das Centrum christlich fördert, aufgebraucht werden? Würden aber auch wirklich diese Mehreinnahmen so verwendet werden, wie das Centrum vorgiebt, betrüge die also verwendete Summe nicht immer nur einen geringen Bruchteil dessen, was durch dieselbe Kornzollerhöhung den Arbeitern entzogen wird? Und endlich — wie sollen überhaupt diese Mehreinnahmen dem Reiche zufließen, wenn andrerseits das Ziel der Agrarpolitik des Centrums ist, so viel im Inlande zu erzeugen, um die Bedürfnisse des Landes selbst zu decken? Wäre dies Ziel erreicht, so verliert das Reich seine Einnahmen aus der Einfuhr vom Auslandsgetreide und die Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter gerinnen im Nichts katholischer Nächstenliebe!

Das Centrum ist Regierungspartei geworden, Partei der Besiegenden und Ausbeutenden. Es ist Sieger im alten Kulturkampf geworden und schreitet Seite an Seite mit den alten Kulturkämpfern, den einstigen Feinden, den jetzigen Waffenbrüdern, zum neuen „Kulturkampf“ gegen die Socialdemokratie, die nicht den „Ausgleich“ will zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten, zwischen Brotwuchern und Bewunderten, die vielmehr der Ausbeutung und dem Wucher ein Ende gebietet. Durch alle Reden auf der Osnabrücker Generalversammlung läuft die Erkenntnis, daß das Centrum als regierende Partei im kapitalistischen Deutschland nur diesen einen Weg zur Flucht hat.

Und gewiß, es ist ein wahrhafter Kulturkampf, der hier gekämpft wird. Das Centrum unternimmt es, durch Mißbrauch der Religion, durch Frömmel und Nüchtern die Massen in Geistesnot und Untermöglichkeit zu bringen.

Die Socialdemokratie entsefelt die menschliche Vernunft zu freiem, schöpferischem Wirken, zum Aufbau einer Welt der Menschlichkeit und der Kultur.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 28. August.

#### Centrumsarbeiter und Zollwucher.

Als Rache wird uns geschrieben:  
 Als vor Monaten schon der „Vorwärts“ berichtete, daß die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine in München durchaus nicht für die agrarische Politik des Centrums begeistert seien, da fiel die ultramontane Presse wütend über uns her. Mit einem erheblichen Aufwand von Schimpfereien suchte man unsre Bemerkungen über die innerhalb der Centrumpartei bestehenden Differenzen zu widerlegen. Zogar daß einige Arbeitervereine in ihren Versammlungen Resolutionen für die Zollhöherungen angenommen hätten, wuchte die Centrumpresse mit Bemühung zu melden. Und das Organ des ultramontanen Eisenbahner-Verbandes, dessen Redaktion ganz unter dem Einfluß eines katholischen Geistlichen stehen soll, sang gleichfalls ein Loblied auf den Brotwucher.

Nun gehen in diesen Tagen unsre Parteigenossen von Haus zu Haus, um Unterschriften zu sammeln für die Petition gegen den Zolltarif. Dabei machte man ganz überauschende Erfahrungen. In dem Bezirk München-West, wo das katholische Vereinsleben ganz besonders blüht, unterzeichneten sich fast ausnahmslos die Angehörigen der Centrumpartei. Nicht nur die zahlreichen, im Bezirk wohnenden Post- und Bahnbeförderer, die auch zum großen Teil Mitglieder des ultramontanen Eisenbahner- und des Postverbandes sind, schrieben ihre Namen, sondern sogar die Vorstandsmitglieder bürgerlicher Centrumsvereine. Im Hause eines ultramontanen Gemeindevollständigen, der nur ganz zweifellose Centrumsangehörige als Mieter aufnimmt und jeder Partei kündigt, die ihm irgendwie politisch verdächtig erscheint, auch in diesem Hause unterzeichneten sämtliche Einwohner!



Wohlwühlende Berichte werden uns aus dem Centrumsgebiet in Westdeutschland zugeleitet. Aus Krefeld wird uns gemeldet:

Der hiesige Volksverein war eine Protestversammlung gegen den Brotwucher einberufen worden, in welcher Genosse Peus-Dehau referierte. Der große Saal der Centralhalle erwies sich als zu klein für die Menschenmenge, welche erschienen war. Besonders fiel die große Anzahl Leute auf, welche sonst unsere Bestrebungen fern stehen und welche jetzt den Ausführungen unseres Genossen über den Posttarif stürmischen Beifall gaben. Der Centrumspreiße hier ist es nicht wohl bei der Sache.

In Herdingen a. Rh., wo wir einen Saal gemietet hatten, um auch in dem schwärzen Städten die Bewohner auf die Schädlichkeit des neuen Posttarifs aufmerksam zu machen, ist uns der Saal abgetrieben worden. Der Besitzer des Saales wird verklagt werden.

Um so mehr aber ist es uns endlich gelungen, im Wahlkreis Mors-Rees Versammlungskolleg zu erhalten. In dem ganzen Kreise fielen bei der letzten Reichstagswahl nur 214 Stimmen auf unsere Kandidaten, und politische Versammlungen von unserer Seite einzuberufen war eine Unmöglichkeit. Jetzt haben in dem Kreise vier gut besuchte Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle stattgefunden, und zwar in Orson, einem kleinen Landstädtchen, in Hochheide bei Mors, in Kespera bei Mors und in Mors selbst. In allen Versammlungen wurde eine Resolution gegen den Brotwucher einstimmig angenommen. Merkwürdigerweise machte die Behörde, welche sonst einen starken Druck ausübt, diesmal keinen Versuch, die Versammlungen zu hintertreiben, nur in Hochheide wollte der Beamte keine Frauen in der Versammlung dulden. Nachdem der Referent ihm eine Rechtsbelehrung zu teil hatte werden lassen, gab er sich zufrieden. Hoffentlich bedeuten diese Versammlungen für den Kreis eine Wendung zum Besseren in unserm Sinne.

Der Brotwucher eröffnet uns die schwärzesten Kreise!

### Das heitere Intermezzo in Basel

Beschäftigt noch immer in lebhafter Weise die Presse. Allerlei Details, die über die unermutete Anwesenheit des bisher anscheinend so leibhaften neunzehnjährigen Sühneprinzen, der mit einemmal zum Verlegenheitsprinzen, zu einem wahren Enfant terrible geworden ist, bekannt werden, erhöhen den hochkomischen Charakter des Zwischenalles. Darin, daß von einer Erkrankung des Prinzen keine Rede sein könne, stimmen alle Parteien überein. Man behauptet sogar, daß der Prinz seelenvergnügt die Gewerbe-Ausstellung in Basel besucht habe, was jedenfalls bewirkt, daß Sühn sich am liebsten findet, sich eine Ausstellung anzusehen, als sich selbst als Star einer Schauausstellung bewundern zu lassen. Hochdramatisch soll die Scene gewesen sein, die sich abspielte, als den deutschen Abgesandten, dem General v. Höpfner und dem Major v. Lüttich, die in großer Uniform und ordentlich bei der Einfahrt des Sonderzugs des Sühneprinzen harrten, von dem neuernannten chinesischen Vorkonkors in Berlin mitgeteilt wurde, daß der Prinz wegen Unpäßlichkeit nicht in der Lage sei, die Herren empfangen zu können.

„Ohne viel weitere Worte zu verlieren“, heißt es in dem Bericht eines Berliner Volatblattes, „machte General v. Höpfner rechtsumkehrt, setzte seine Dienstmütze an Stelle des blinkenden Helms auf und fuhr mit seinen deutschen Begleitern in das in Kleinbasel gelegene Hotel Straß.“

General Höpfner befindet sich jetzt in seinem Hotel und harret der weiteren Reisebestimmungen des Sühneprinzen. Generalmajor Richter, der Reisebegleiter Sühns, reiste sofort nach Basel weiter, wo er am Montagabend in Wilhelmshöhe vom Kaiser empfangen wurde, um am Dienstag früh die Rückreise nach Basel anzutreten. Er wird sich hier gleich General Höpfner einstweilen häuslich einrichten müssen, denn wie ein Korrespondent bei einem Interview von dem neuernannten chinesischen Gesandten in Berlin erfahren haben will, ist die Sühnebotschaft der Ansicht, daß der Aufenthalt in Basel mindestens noch acht Tage betragen werde. Der Gesandte gestand ganz offen, daß Sühn bereits wieder hergestellt und reisefähig sei, eine weitere Verzögerung werde jedoch durch neue Forderungen bedingt, die in Berlin gestellt worden seien und die ohne die Zustimmung des Kaisers Kwangsi nicht gewährt werden könnten. Als der Interviewer dem Gesandten beim Abschied den Wunsch ausdrückte, ihn baldigst in Berlin zu sehen, schüttelte er den Kopf und meinte, der Schwierigkeiten seien noch viele. Jedenfalls steht die Sühnebotschaft im lebhaftesten Depeschewechsel mit dem Hof in Singanfu. Gleich beim Eintreffen in Basel soll sie ein

## Naporra.

Der Polizei-Kriminalkommissar Naporra ist vom 1. Januar 1902 ab in den Ruhestand versetzt.

So verkündet lakonisch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Danzig in seiner Nr. 33 vom 17. August 1901.

Wir wissen nicht, ob es Gepflogenheit ist, solche Mitteilungen ein halbes Jahr vor ihrem Inkrafttreten amtlich voraus zu veröffentlichen oder ob die Mitteilung in Verbindung steht mit der Thatsache, daß heute, am 20. August, in demselben Danzig die Vernehmungsbearbeitung stattfand in der von Naporra gegen den Metallarbeiter Richard Stielow angelegten Anklage auf Verleumdung, weil dieser in öffentlicher Versammlung gegen den Kriminalkommissar Naporra den Vorwurf erhoben hatte, er habe seiner Zeit als Agent provocateur gewirkt. In erster Instanz ist denn auch Stielow zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Thatsache ist, daß dieser Vorwurf im Reichstag wiederholt erhoben worden ist, daß so oft in Deutschland von Lockspiegel die Rede ist, die Namen Thring, Mahlow und Naporra mit denen von Ehrenberg, Schröder und Haupt in erster Linie genannt werden, und unbefriedigbare Thatsache ist, daß bereits im Jahre 1887 und 1888 Thatsachen unter Eid vor Gericht erhärtet wurden, die von uns und Tausenden in allen andren Parteien als den Begriff: agent provocateur bestimmend und erfüllend aufgefaßt werden.

Naporra!

Die ganze trübe Zeit des Sozialistengesetzes mit ihrer schmachvollen Verfolgung der deutschen Arbeiter steigt mit diesem Namen vor uns auf, die Jahre des niederträchtigsten Puttkamer-Kräftigeren Polizeiregiments — und wenn das deutsche Bürgerthum an jene Zeit erinnert wird, so muß ein bitteres Gefühl der Scham in ihm erwachen. Denn der Feigheit des deutschen Bürgerthums allein ist das letzte Jahrzehnt des Sozialistengesetzes geschuldet: seiner politischen Vertretung im Parlament vom Freisinn, der zur Zeit der entscheidenden Abstimmung seine Mannen nutzlos abkommandierte, bis hinüber zum Centrum, von den Nationalliberalen nicht zu reden, und der jämmerlichen Haltung der bürgerlichen Presse, die zu allen Nichtswürdigkeiten der Krüger-Puttkamerischen Polizeibrutalität in beispielloser Feigheit schwieg! Der ganze freche Uebermut der Reaktion und des Junkertums wäre heute nicht möglich, wenn damals das Bürgerthum nicht so unglücklich feig und horniert gewesen wäre.

Die deutschen Arbeiter können freilich erhobenen Hauptes jener Zeit sich erinnern: ihrer unbeeuglichen Widerstandskraft, ihrer unbesiegbaren Kampfeslust ist es zu danken, daß die Gewaltthätigkeit des Sozialistengesetzes mit ihrer Polizeivillkür und Rechtslosigkeit ohnmächtig zusammenbrach!

Wo sind alle jene Gewaltigen, deren Uebermut keine Grenzen kannte in jenen Jahren der politischen Schande Deutschlands!

langes chiffriertes Telegramm aus China erhalten haben, das ebenso ausführlich durch ein gleichfalls chiffriertes Telegramm beantwortet worden sei, das 1800 Fr. gekostet habe.

Der Sühneprinz hat also einstweilen das Asylrecht der Schweiz für sich in Anspruch genommen, um sich allem Drängen des deutschen Ehrengelichts zu entziehen und in aller Ruhe abzuwarten, bis die strittigen Fragen, und namentlich die des Empfangs-Ceremoniells, in einer China zufriedenstellenden Weise geregelt sein werden. Ihn und dem Hof in Singanfu verschlägt das Warten ja nichts, wohl aber dürften wenige Tage hinreichen, allerhand Kalamitäten wohlthätig zu beruhigen, die ihm eine exemplarische Demütigung zugebracht hätten. Vielleicht befinnt man sich inzwischen darauf, daß der China-Kreuzzug mit all seinen Verlöbten gegen das Völkerrecht doch gerade unter der Fiktion geführt wurde, daß man nicht die chinesische Nation oder gar die herrschende Dynastie bekämpfe, sondern daß man nur jenes „Voxergesindel“ züchtige, das sich gegen die chinesische Regierung aufgelehnt habe. Die Entsendung eines kaiserlichen Sühneprinzen sollte denn auch keine Demütigung der Dynastie sein, sondern nur des Eindrucks auf die chinesischen Volksmassen werden erfolgen. War das der wirkliche Zweck der Forderung der Sühnemission, so muß jede Härte gegen den Prinzen Sühn, die wie eine Prädikation des Hofs aussieht, vom Uebel sein. Es wäre deshalb ganz ungeschickt und töricht, den Sühneprinzen den Uebermut des Siegers fühlen zu lassen. Und daß englische Blätter, wie der imperialistische „Daily Chronicle“, Deutschland anzustacheln suchen, sich dem Prinzen Sühn gegenüber zu kompromittieren, sollte erst recht vor allen Unbesonnenheiten warnen. England könnte natürlich nichts angenehmer sein, als wenn die deutsche Regierung sich in China noch verhaßter machte, als sie durch ihr ganzes Auftreten in Ostasien ohnehin redlich bemüht war.

Besonders lässlich benimmt sich in der Affaire natürlich wieder die deutsche liberale Presse. Die „Voss. Zig.“ findet den Zwischenfall zwar nachgerade auch komisch, ohne jedoch ein Gefühl für die groteske Komik zu haben, die in ihrem eigenen albernen Schimpfen auf das perside China und in der furchtbaren Drohung liegt, daß jetzt wahrscheinlich Prinz Sühn weder eine Ehrenwache erhalten noch der Sedan-Parade beizuwohnen werde. Das „Berliner Tageblatt“ schwagt davon, daß Prinz Sühn durch seine „Ungezogenheit“ sich nunmehr „beim deutschen Volke alle Sympathien verschert“ habe. Als ob beim deutschen Volk angefaßt der ganze Sühne-Komplex sich jemals andre Gefühle gestritten haben könnten, als die der Beschämung und des Vagabondentums!

Den Vogel schießt aber unbedingt der „Hamb. Korrespondent“ ab, der der deutschen Regierung ansieht, dem Prinzen zu verbieten, nach Erledigung seines Auftrages eine Vergnügungsreise an andre europäische Höfe zu unternehmen.“ Gerade, als ob Prinz Sühn der Arrestant Deutschlands sei, das ihn durch etliche Gendarmen schleunigst wieder nach China abgeschoben könnte. Da würden denn doch die andren Mächte auch ein Wortchen mitzusprechen haben. Diese Kalamitäts-Geschichte der Presse beweist aber, wie rasch imperialistischer Größenwahn die lächerlichsten Verheerungen anzurichten vermag. Es ist ein Schauspiel für Götter! —

## Deutsches Reich.

### Gumbinnen.

Wie das „Ostpreussische Tageblatt“ erfährt, ist heute dem Verleibiger Horn telegraphisch die Meldung zugegangen, daß der kommandierende General Graf v. Zindenstein bezüglich Stielow die Revision angemeldet hat.

Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß aus formalen Gründen dieser Revision durch das Reichs-Militärgericht stattgegeben werden wird. Der Vertreter der Anklage vor dem Ober-Kriegsgericht hatte eine Beschränkung seiner Fragestellung zu Protokoll geben lassen; schon dieses Vorkommen dürfte der Revision Erfolg sichern.

Damit gelangt der Prozeß von neuem vor das Ober-Kriegsgericht. —

Wismar, zum bloßen „Handlanger“ degradiert, mußte den Zusammenbruch seines Gewaltherrschafts erleben; verbannt von der Stätte seiner Allmacht mußte er als „Körper“, polternd hinter dem Reichswagen herlaufen — und nur äußeren Umständen verdankte er es, daß er nicht noch wegen Landesverrats vor den Richter geschleppt wurde und hinter schwedischen Gardinen über die Vergänglichkeiten seines Ruhmes nachsinnen konnte!

Puttkamer, wie ein Laski durch den Fußtritt des totkranken Kaisers aus dem Amte gejagt, von seinem Vetter und Gönner Wismar schände verlassen, gleichsam erloschen in einer der „Pflügen“ (der amtlichen Wahlbeeinflussung), in denen er nach Wismars charakteristischer Aeußerung so gerne schwamm, und zuletzt vergessen und mißachtet auf seiner oberpräsidialen Sinecure gestorben!

Krüger, der allmächtige Leiter der politischen Polizei, der verantwortungslos über die Geheimhelden des Weltkriegs, welche das ganze politische Leben Deutschlands vergifteten, lebt heute noch, namenlos, ruhmlos, verschollen in der Augustastrasse in Berlin.

Meerscheidt-Hällessem, der Polizeidirektor, ein brutaler Verleibkommissar unter dem Sozialistengesetz, mußte, um der schimpflichsten Anklage zu entgehen, mit Gift seinem Leben ein Ende setzen, wollte er nicht Gefahr laufen, mit seinem Amtskollegen Thiel ins Zuchthaus zu wandern.

von Tausch, der als Polizeikommissar unter und nach dem Sozialistengesetz die Korruption der Presse zu seiner Spezialaufgabe gemacht hatte, ist glücklicherweise an dieser Meerscheidt-Hällessem-Sippe vorbeigeschliffen, aber ruhmlos mußte auch er aus seinem Amte scheiden.

O — die Liste der „berunglückten“ Polizeikommissare ist so zahlreich, daß wir uns mit diesen paar Stichproben begnügen können!

Und erst ihre Werkzeuge minderen Ranges!

Thring-Mahlow mußte, trotz seiner „astantanten Benennung“ durch Kaiser Wilhelm I. trotz des „allgemeinen Ehrengelichts“, das seine Brust schmückte, „feru von Berlin“ auf dem Bahnhof Demphanen als Vertriebsvorsteher so und so oft unter den Widen und den Worten der Passagiere: „Das ist Thring-Mahlow“ Spiekruten laufen, bis er ruhmlos starb.

Und jetzt Naporra! Vom 1. Januar 1902 ab in den Ruhestand versetzt! Troden, wie ein Urteil, liest sich diese amtliche Nachricht.

„Alles, was gegen Naporra vorgebracht ist, ist ebensoviel wert, als der Hauch auf einen Spiegel, als der Reif, der der Morgenröthe vorangeht.“

Mit diesen Worten glaubte der Staatsanwalt Marius im großen polener Sozialistenprozeß, in welchem unsre Genossen Janiszewski, Nerowski, Wittkowski u. a. zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, den Schuzmann Naporra als Ehrenmann feiern zu sollen. Der Ausbund „Gentleman“ war damals in Polen noch nicht populär. Aber Thatsachen sind hartnäckige und steifwandige Dinger, sagt ein englisches

## Neue Alarmsignale aus China.

Eine Reihe von Chinanachrichten melden übereinstimmend eine bedrohliche Zunahme der Gärung unter den Massen.

Aus Shanghai wird der „Welt-Korr.“ vom 20. Juli geschrieben:

Der Hinweis auf die Gefahren, die der Provinz Tschili möglicherweise aus dem Erstarken der vereinten Bauerngesellschaft „Lien-Huang-Hui“ erwachsen, erhält eine Bestätigung durch Nachrichten aus dem ferneren Nordwesten Chinas. Der „Lien-Huang-Hui“ ist nach dem, was soeben bekannt wird, viel gefährlicher und schlimmer, als man bisher geglaubt hat. Jede Familie wird durch den Befehl dieser geheimen Gesellschaft gezwungen, ein Mitglied aus ihren Vertretern in den Geheimbund zu entsenden. An der Spitze des „Lien-Huang-Hui“ stehen namentlich die Offiziere der zerstreuten kaiserlichen Truppen. Entstanden ist der neue Bund übrigens nicht in der Provinz Tschili, sondern in jenem Teile der Provinz Honan, der sich nördlich vom Hoangho zwischen die Provinzen Tschili und Schansi hineinzieht. Hier sind schon, wie jetzt bekannt wird, während des ganzen Winters die eingeborenen Christen auf das grausamste und schlimmste verfolgt worden. Missionare, die über diese Vorkommnisse hätten berichten können, sind nicht dort; so sind die Ereignisse hier nicht bekannt geworden. Von Honan dehnte sich die Christenfeindliche Bewegung dann zunächst nach Westen aus. An hiesig Christen und Dörfer wurden mit Gewalt gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen; ihnen blieb nur die Wahl zwischen Unterwerfung oder Untergang. Das Schicksal des „Lien-Huang-Hui“ ist die Folge, daß seiner Mitglieder unter allen Umständen Straflosigkeit für die frühere Zugehörigkeit zum Völkerverbund harret. Daß die drei Gewaltigen in Hsianfu Jung-li, Lu-Chuan-li und Li-Hien-hin, zu denen in letzter Zeit als vierter noch Hsiao gekommen ist, die Propaganda des „Lien-Huang-Hui“ begünstigen und fördern, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Name „Lien-Huang-Hui“, was in wörtlicher Uebersetzung so viel bedeutet wie „rotet die Mandchus aus!“ ist augenscheinlich nur gewählt, um das enge Verhältnis der Nachhader in Hsianfu mit dem Bunde zu verbergen. In, in gewissen chinesischen Kreisen geht man so weit, zu behaupten, daß die Niederlagen der kaiserlichen Truppen in den letzten Wochen in der Provinz, die stets mit dem Verlust aller Waffen und zum Teil auch der Kriegskassen endeten, gar nicht erst zu nehmen seien, vielmehr nur Scheinmanöver waren, mit denen man den Rebellen Waffen und Munition in die Hände spielen wollte.

Ferner sind nach den neuesten Nachrichten des „Ostasiat. Lloyd“ aus Südsichli die Aufständischen nach den Meldungen der chinesischen Zeitungen vollständig im Besitze des Gebietes südlich von Paoingfu, durch das die Straße nach Kaifeng führt. Nachdem vor einigen Tagen achttausend kaiserliche Truppen aus Anhui bei Poyeh von etwa zweitausend Rebellen in die Flucht geschlagen sind, liegt das Land offen vor ihnen. Anpinahnen, Nishou, Beichschien und Wanhsien sind bereits in den Händen der Rebellen, die die Städte gründlich geplündert haben.

Dem General Luyenhuen haben sie acht Wagen mit Munition abgenommen und eine Kriegskasse, in der mehrere Tausend Taels waren.

Und aus Paris wird über die Lage im Inneren Chinas unterm 27. August geschrieben:

„Die am Montag mit dem Dampfschiffe „Iranabdy“ aus Ostasien eingegangenen Zeitungen lassen die Lage in China sehr bedenklich erscheinen, vorausgesetzt, daß die thatsächlichen Vorgänge richtig dargestellt sind. So berichtet das „Echo de Chine“: „Einer Depesche aus Nankin zufolge haben sich 10000 Aufständische der Stadt Paoingfu bemächtigt und ein Banner aufgeschlagen, auf dem die Dienste dargelegt werden, die sie der Gegend und dem Himmel erweisen, und auf dem sie erklären, sie hätten die feste Absicht, die Mittel für ihren Unterhalt nur von den Reichen zu verlangen. Wie verlautet, bewahren sie eine strenge Disziplin und besteuern das Volk nach einer einheitlichen Lage, die von den Einwohnern freudig aufgenommen worden ist. Diese Rebellen sind viermal mit den Russen zusammengestoßen, haben sich aber stets vor ihnen zurückgezogen, um auf neue vorzuziehen, wenn die gegnerischen Truppen sich entfernten.“

Einem neueren Telegramm aus Tientsien zufolge haben Prinz Ling und Li-Hung-Tschang, nachdem sie die Zustimmung des Thrones eingeholt hatten, Befehl erteilt, sämmtliche Truppen abzuschicken, um die „vereinigten Dörfer“ zurückzufassen. Die französischen Truppen in Peking sind benachrichtigt worden, daß eine größere

Sprichwort! Trotz dieses Ehrengelichtes des Staatsanwalts dachten Tausende und Hunderttausende anders. Sie nahmen das Wort des Staatsanwalts, der — wie noch mehrere seiner Kollegen unter dem Sozialistengesetz — ein paar Jahre später in der Nacht des Wahnsinns endete, nicht ernst; denn auch andre Worte des Staatsanwalts waren nicht ernst zu nehmen. Zehntausend Mark Belohnung setzte damals die Redaktion des Züricher „Socialdemokrat“ für den Staatsanwalt aus, wenn er die Behauptung in seiner Anklage beweisen könnte, daß der „Socialdemokrat“, der „Rebell“ und die Moskische „Freiheit“ sich gegenseitig „Brüderorgane“ nennen; nur ein einziges Mal sollte er eine solche Stelle angeben! Der „Socialdemokrat“ kam nie in die Lage, diese Belohnung auszahlen zu müssen, obwohl die Berliner Polizei regelmäßig von Gründung bis Eingehen des „Socialdemokrat“ auf denselben abonniert war und alle Nummern besah; und der Staatsanwalt klagte auch beim Schweizer Gericht nicht, als der „Socialdemokrat“ diese Behauptung eine Lüge nannte, obgleich Schweizer Gerichte in Verleumdungsfällen die Presse schwer bestrafen. Eine andere Behauptung des Staatsanwalts: der „Socialdemokrat“ habe den Anarchisten Reinsdorf „Genossen“ genannt, konnte der Verteidiger sofort an Ort und Stelle widerlegen; nicht vom Genossen Reinsdorf hatte der „Socialdemokrat“ geschrieben, sondern von Reinsdorf und „Genossen“ — so wie man von Schinderhannes und Genossen spricht.

Und was sagten über den „Schuzmann“ Naporra die Angeklagten und Zeugen unter Eid aus?

Fassen wir zusammen. Unter der Maske des Freundes, des Parteigenossen sahlich sich Naporra bei den politischen Sozialisten ein. Das ist nicht schön; aber es gehört zum Handwerk, das damit freilich für viele einen eigentümlichen Geschmack erhält. Kann man in Kriminalprozessen solche Maskierung begreifen, in politischen Angelegenheiten hat noch keine Partei es als ein Zeichen beiläufiger Ehrenhaftigkeit angesehen. Gut; es war sein Handwerk, seine Pflicht, dafür wurde er bezahlt; er trug schließlich dafür seine Haut zu Markt!

Aber damit begnügte er sich nicht. Er war auch ein thätiger „Genosse“ — seine Thätigkeit sollte das von ihm ererbte Vertrauen stärken; er verteilte selber im Winter 1886 heimlich Flugblätter — in einer Versammlung des politischen Handwerkervereins in den „Armin-Hallen“ zu Berlin.

Das stand schon in Widerspruch mit den feierlichen Erklärungen der Regierung, daß sie der Spindel zwar nicht entbehren könne, daß diese aber streng angewiesen seien, nur zu beobachten und zu berichten! Und Naporra war ein veridischer Beamter! Mein Kästgroßhändler! Sogar der Gerichtspräsident, Landgerichts-Direktor Hanslauer, mußte im Gerichtsurteil dies erklären. Und wie? Naporra, heißt es, habe das nur im Auftrage seines Vorgesetzten, des Kriminalkommissars Schue, gethan, der lange mit seinem Gewissen darüber zu Räte gegangen sei.

Für Naporra war — zugegeben — die Sache damit dienstlich erledigt. Moralisch — darüber läßt sich streiten!



Zahl alter Soldaten Lungfuhriangs in Schen-  
schen sich mit den verbliebenen Döckern vereinigt und die Fahge  
mit der Aufschrift: „Ausrottung der Fremden“ entfaltet  
haben.“

Die von Waldersee in Aussicht gestellten „Erfolge“ des China-  
Kreuzzuges scheinen sich also schon bemerkbar zu machen. Es wäre  
auch ein Wunder, wenn eine blutige Saat nicht eine blutige Ernte  
reife. —

**Der „liegende Gerichtsstand“.** Der „Köln. Volksztg.“ wird  
aus Berlin berichtet: „Dem Bundesrat wird bei seinem dem-  
nächstigen Zusammentritt der dem Reichstage versprochene Ge-  
setzentwurf wegen Beseitigung des fliegenden Gerichts-  
standes der Presse zugehen.“

Ob die Regierung eine gründliche Beseitigung des allseitig be-  
klagten Übels vorschlagen wird? Wir zweifeln. —

**Prinzenlektüre.** In der „Köln. Volksztg.“ lesen wir: „Eine  
wunderbare Gebetserzählung erzählt aus dem Leben  
Luthers der Direktor des Gymnasiums zu Gießen,  
Dr. Fauth:“

Seinen Freund Melancthon, der einmal schon in des  
Todes Reiche zu sein schien, hatte er durch sein glaubensfestes  
Gebet, indem er, wie er selbst erzählt, Gott den Saß vor die Thür  
warf und ihm die Ohren mit allen Gebetsverheißungen der heiligen  
Schrift rief, so daß er dem Freunde voll Glaubenszuversicht zurufen  
konnte: „Sei guten Muts, Philippe, Du wirst nicht sterben“, in  
wunderbarer Weise wieder zum Leben erweckt.

So zu lesen in Dr. Martin Luthers Leben, dem deutschen Worte  
erzählt. (Leipzig 1897.) Dieses Buch fand Verwendung  
im Unterricht der kaiserlichen Prinzen. Der Ober-  
kirchenrat und das Kultusministerium machten die  
ihnen unterstellten Behörden auf das Wert auf-  
merksam.“

Das ist ja allerliebste! Ob übrigens die „Köln. Volksztg.“  
die diesen hübschen Beitrag zum Kapitel der Prinzenziehung und  
des preussischen Ministeriums für Geistesfreiheit liefert, in der  
wunderbaren Anekdote etwas gefunden haben würde, wenn ihr  
glaubensstarker und wunderthätiger Held ein katholisches  
Kirchenlicht gewesen wäre? —

**Das verwünschte China.** Die „Köln. Volksztg.“ läßt sich aus  
Köln melden: Auf der letzten Kontrollversammlung  
wurden die Reservisten aufgefordert, sich zum Dienst bei der ost-  
asiatischen Besatzungstruppe zu melden. Ob und wie  
viele Meldungen erfolgten, ist nicht bekannt geworden. Es scheint  
jedoch ein großer Mangel an Freiwilligen, namentlich an  
Unteroffizieren zu herrschen, denn einem als Unteroffizier in  
Kiautschou entlassenen Marine-Infanteristen wurde ein Hand-  
geld von 900 Mark angeboten, wenn er sich auf ein Jahr als  
Unteroffizier für die ostasiatische Truppe verpflichtete. Der Betreffende  
lehnte indessen das Angebot ab.

Ein Zeichen, daß es mit der Kasibegeristerung gründlich vorbei  
ist. — Wenn die Militärverwaltung mit ihrem Ausbitten derartig  
splendid ist, kann die ostasiatische Besatzungsbrigade ein teures Ver-  
gnügen werden! —

**Ueber kolonialen Pessimismus** jammert die „Deutsch-  
Ostafrikanische Zeitung“. Obwohl Deutschland bereits seit  
einer stattlichen Reihe von Jahren seine Kolonien besitzt, seien  
größere koloniale Erfolge doch bis jetzt ausgeblieben.

Daran trage aber nur die übertriebene pessimistische  
Aufassung der Verhältnisse der Kolonien die Schuld. Das  
Kolonialkapital sei nicht traurig und rücker nicht und die  
Volksvertretung halte ebenfalls die Hand auf dem Geld-  
beutel. Es wäre endlich an der Zeit, mit dem Pessimismus  
zu brechen und das nötige Kapital in lokale Unternehmungen  
zu stecken.

Daß das Kapital, daß sich doch, sobald nur einige Aussicht auf  
gewinnreiche Anlage winkt, in die verwegenen Gründungen einläßt,  
zumal in einer Zeit der wüstensten Spekulationen, unsren Kolonien  
mit dem höchsten Pessimismus gegenübersteht, beweist nur, daß  
dort wirklich nichts zu holen ist. Die Volksvertretung sollte  
deshalb endlich aufhören, für diese wertlosen Kolonien jährlich nutzlos  
Dinge von Millionen zu vergenden. —

**Landtags- und Wahlwahl in Marienburg.** Bei der im ersten Wahl-  
bezirk des Regierungsbezirks Danzig stattgehabten Landtags- und  
Wahlwahl wurde Kammerherr v. Oldenburg-Januschau (kons.)  
mit allen 294 abgegebenen Stimmen gewählt. —

### Von den badischen „Inbäumwahlen“.

Aus Baden wird uns geschrieben: Der „Löwe von Jähren“  
ist nun endlich aus seiner Höhle hervorgekrochen, in die er seit  
Wochen verbannt schien, und hat gleich einige Töne von sich ge-  
geben, bei denen das zahme Centrumsgesetz von jähem Schrecken

### Aber für den Kriminalkommissar Schöne?

Vielleicht ist er darüber in Disziplinär-Untersuchung gezogen,  
vielleicht von seinem gewissenhaften Vorgesetzten Krüger sogar be-  
straft worden. Wir zweifeln zwar daran, wenn wir uns erinnern,  
daß der Spigel Haupt in Genf seiner Zeit erzählt hatte, Krüger  
habe ihm geraten, russische Studenten unter den Tisch zu saufen und  
dann ihre Taschen, Wohnungen etc. zu durchsuchen.

### Aber zurück zu Raporra!

Die Flugblattverteilung war nach Angabe der Zeugen und An-  
geklagten nur der erste Schritt zur Täthigkeit. Direkte Auf-  
forderungen zu Gewaltthätigkeiten folgten. Als  
eines Abends — am 6. Januar 1887 — in Rieft's Saal in der  
Weberstraße eine Versammlung aufgelöst wurde und die Massen auf  
den Straßen wogten, da sagte Raporra zu Vorankiewicz:

„Es ist schade, daß jetzt nicht das Jahr 1848 da  
ist; da möchten nicht die Schupleute die Arbeiter, sondern  
die Arbeiter die Schupleute auseinander-  
treiben.“

Und dann lief er in die Wohnung zweier polnischer Genossen in  
der Weberstraße und rief: Sie möchten doch herunterkommen, da  
unten ist Revolution; schade, daß wir nicht Säbel und  
Stöcke haben, sonst könnten wir losziehen.“ (Andere  
fügten hinzu, daß, als dann Raporra allein herunterkam, er die  
auf der Straße stehenden Genossen angefordert habe, loszuschlagen.)

Anfangs leugnete Raporra die Geschichte; dann aber gab er  
die Möglichkeit zu, und zwei Tage später, nachdem er aus Berlin  
vom Kriminalkommissar Schöne den Bericht über jenen Abend sich  
hätte kommen lassen, bestritt er es abermals. Ueber diesen laffenden  
Widerspruch ging der Gerichtspräsident bei der Urteilsverkündung  
mit der Erklärung hinweg: Raporra habe diese Aufforderung,  
herunterzukommen usw. jedenfalls verlesen!

Raporra war natürlich Zeuge! Er hatte i. Z. es auch ruhig und still-  
schweigend mitangehört, daß sein eigener Schwager als Zeuge vor Gericht  
die Thatsache seiner Verwandtschaft verweigern hatte, obgleich  
dieselbe gestraft worden war, woher er Raporra kenne, und darauf  
bloß geantwortet hatte: Von Posen her!

Gegenüber diesen Thatsachen kann es als harmlos gelten, daß  
einer der Angeklagten, Szolalski, der in der Untersuchungsphase starb,  
erzählte, Raporra habe ihn fast täglich in der Wohnung besucht und  
oft an einem Abend drei, viermal Schnaps holen lassen, so daß er  
am andern Tage oft nicht arbeiten konnte.

Erinnert man sich an die Erklärung Haupts, warum er die  
russischen Studenten unter den Tisch saufen sollte, so könnte man  
bei bösem Willen für Raporra überdeutende Schlüsse ziehen. Das  
ist aber nicht notwendig; der Schnaps ist auch sonst erklärlich.

In der schönsten Bekundung erscheint der preussische  
Beamte Raporra und die politische Polizei aber in der Dar-  
stellung des Genossen Wittkowski, der in jenem Prozesse nach  
einjähriger Untersuchungsphase zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt  
worden ist. Die Strafverurteilung hat ihm begreiflicherweise für sein  
ganzes ferneres Leben die Gesundheit gekostet.

erfaßt wurde. Es ist dem Herrn Parrer Wader nochgerade offen-  
bar doch etwas zu toll geworden, das Spiel, das seine nach der  
Gunft der Regierung listernen Gesinnungsgenossen mit ihrer  
politischen Ueberzeugungstreue spielten, um das Zustandekommen  
einer liberal-nationalliberalen Alliance gegen  
die Socialdemokratie in der Residenz Karlsruhe zu  
ermöglichen. Dem geriebenen und in langjähriger Kämpfen er-  
probten Wahlstrategen des badischen Centrums konnte es natürlich  
nicht entgehen, wach unangünstigen Eindruck es auf die großen Massen der  
aus den mittleren und unteren Volksschichten sich rekrutierenden Centrums-  
wählerchaft des Landes machen würde, wenn sie sah, wie ihre politischen  
Führer in Karlsruhe jetzt mit denselben nationalliberalen Kultur-  
kämpfern liebäugeln, die man ihnen jahrzehntlang als die schlimmsten  
Feinde des katholischen Volkes hingestellt hatte, und wie sie jetzt  
plötzlich mit der Regierung ihren Frieden zu machen suchen, selbst  
auf die Gefahr hin, die Position des Nationalliberalismus, des  
politischen Erbfeinds, in der gesetzgebenden Körperschaft des Landes  
nicht unbedeutlich zu verstärken. Herr Wader ist ein zu feiner  
Psychologe und Kenner der Volksseele, als daß er sich verbeht hätte,  
daß den großen Wählermassen alles verschlagene Diplomatisieren und  
lichtscheu Coullisentreiben in politischen Dingen wider den Strich  
geht, und daß diejenige Partei von vornherein bei ihnen auf die  
meisten Sympathien rechnen kann, die mit klarem, jede Zweideutigkeit  
ausschließendem Programm und festen Grundsätzen vor die Öffent-  
lichkeit tritt.

Erwägungen dieser Art mögen es gewesen sein, die den Parrer  
Wader bestimmten, nun endlich aus seiner auffallend lang bewahrten  
Reserve herauszutreten, um zu retten, was von dem Pestsäße seiner  
Partei noch zu retten ist. Man muß es ihm lassen, daß er dabei  
mit anerkanntem Freimut zu Werke geht und seinen von  
opportunistischer Ueberzeugungschwäche befallenen Bestimmungsgesinnungs-  
und Praktikationsgenossen mit einer Rücksichtslosigkeit das politische Gewissen  
zu schärfen versucht, die nur aus dem Bewußtsein der dringenden  
Notwendigkeit erklärt werden kann, daß in der badischen Centrums-  
partei endlich ein eindringliches „Caveat conules!“ gesprochen  
werde. Im Centralorgan der Liberalen des Landes, dem „Badischen  
Beobachter“ in Karlsruhe, der während der letzten Wochen die  
Annäherung an die Nationalliberalen mit allen Mitteln betrieb  
hatte, läßt sich der „Jählinger Löwe“ jetzt also vernehmen:

„Die Karlsruher Landtags-Wahl nimmt aus nahegelegenen  
Gründen das allgemeinste Interesse in Anspruch. Namentlich ist  
es die Stellungnahme des Centrums, für welche man sich in den  
übrigen politischen Lagern interessiert. Der Hauptsache nach ist sie  
durch das Verhalten der nationalliberalen Partei im allgemeinen  
und speciell in der Karlsruher Wahlfrage eine gegebene.  
Das Centrum kann unmöglich irgendwo als Hilfs-  
truppe aufmarschieren, um nationalliberale Eroberungen  
sicherzustellen. Es kann das nicht aus Rücksicht auf das Ge-  
meinwohl; es kann es auch nicht aus Rücksicht auf seine  
eigene politische Ehre. Um Partei-Eroberungen  
handelt es sich aber für die Nationalliberalen in der Residenz,  
um nichts Andres.“

Kuch jetzt bei der Landtagswahl handelt es sich für dieselben  
lediglich um die Wiedererlangung der Residenz-Mandate, um gar  
nichts Andres. Die Art ihres Vorgehens in der Sache beweist es.  
Wenn nachträglich glauben gemacht werden will, die Kandidaten-  
frage sei für sie noch eine offene, so ist es nur ein tollisches  
Manöver, um Centrumstimmen zu locken.

Wenn sie dabei eine etwaige socialdemokratische  
Vertretung wie einen besonderen Makel der Residenz hin-  
zustellen suchen, so ist es eitel Gesunkel. Die Residenz hat  
als Wahlbezirk keinen besonderen Charakter. Was bezüglich der  
parlamentarischen Vertretung für Mannheim und Pforzheim nicht  
unthunlich und nicht unschädlich ist, das ist es auch nicht für Karls-  
ruhe.“

Dem allem Anschein nach allerdings nicht ohne Erfolg ge-  
bliebenen Versuch der Karlsruher Nationalliberalen, die dortigen  
Centrumsanhänger zu gemeinsamen Vorgehen gegen die Social-  
demokratie zu fördern unter dem Vorwand der Rücksichtnahme  
auf den Landesherren, dem man die Freude an seinem im  
nächsten Frühjahr bevorstehenden 50jährigen Regierungsjubiläum  
nicht durch einen Sieg der radikalen Opposition  
vergällen dürfe, tritt Parrer Wader in folgender Weise entgegen:

„Wenn die Nationalliberalen den Landesherren vor-  
schieben und das Publikum glauben machen wollen, die Rück-  
sicht auf den Großherzog gebiete, daß alle Parteien um die  
nationalliberale Fahne sich scharen, damit die Residenz  
nicht eine socialdemokratische Vertretung erhält, so ist das  
ein Spiel, zu dessen genauer und zutreffender  
Charakterisierung die schärfsten Ausdrücke ge-  
wählt werden müßten. Zweifelsohne wird ein Landesherren  
immer lebhaftes Interesse daran nehmen, wie die Wahlen im all-  
gemeinen ausfallen und namentlich die in der Residenz und in  
andern bedeutenderen Städten. Andererseits aber entspricht es ganz

Als zu Weihnachten 1886 Wittkowski mit seinem Bruder nach  
Posen reiste, um seine betagte Mutter zu besuchen, da umarmte  
und küßte ihn Raporra beim Abschied auf dem Schlesischen  
Bahnhof! Ein Kuß, der nur in dem Kuß des Judas Ischarioth ein  
Analogon hat! Und damit nicht genug. Er redete ihm zu: „Sieh  
nur zu, daß Du in die Bewegung in Posen mehr  
Leben bringst!“

Eine harmlose Bemerkung! kann man sagen. Geheiß: aber der  
königlich-preussische Kriminalschuyman Raporra stredte  
dem Socialdemokraten Wittkowski auch heimlich zwischen Rod und  
Ueberzieher einen Karton in die Brust, in dem sich bei der späteren  
Öffnung auf der Fahrt verbotene Flugblätter und  
verschiedene Nummern des Züricher „Socialdemo-  
krat“ befanden!

Wegen gewisser Verbindung, wegen Verbreitung des „Social-  
demokrat“ und anderer verbotener Schriften wurden in jenem  
Prozess in Posen am 30. Januar 1888 15 oder 16 Jahre Ge-  
fängnis verhängt.

Wie sagte aber der Staatsanwalt Martins?

„Alles, was gegen Raporra vorgebracht ist,  
ist ebensoviele wert als der Hauch auf einen  
Spiegel, als der Reif, der der Morgentöte  
vorangeht.“

Heute, 13 Jahre nach jenem entsetzlichen Urteil, steht Herr  
Raporra, nicht mehr Schuyman, nicht mehr Zeuge, sondern Ankläger,  
Kriminalkommissar, aber mit dem Zeugnis der Verabschiedung in  
den Ruhestand in der Tasche, abermals vor Gericht. Die Opfer von  
damals, soweit sie am Leben und erreichbar, stehen heute aber als  
Zeugen unter ihrem Eide ihm gegenüber.

Wir möchten nicht an Raporas Stelle stehen, gleichviel wie der  
Prozess ausseht!

Wir möchten nicht an Raporas Stelle dem Genossen Wittkowski  
ins Auge sehen, nicht die furchtbare Auflage hören, wenn der durch  
die jahrelange Gefängnisshaft schwer dringeluchte Mann mit  
schwacher Stimme die Geschichte erzählt von dem Kuß am Schlesischen  
Bahnhof!

Geht der Prozess aus, wie er will: Die Geschichte hat ihr Urteil  
über das Socialistengesetz gesprochen, über ihre Urheber und deren  
Werkzeuge, deren zweckentsprechendes eines Jähling-Wahlson und  
Raporra waren!

Und wenn es nicht Absicht der Behörden ist, so ist es eine der  
wunderbaren Ironien der Geschichte, daß bereits 14 Tage vor Spruch  
des Berufungsgerichts in dem Prozess Stielow, in dem Raporra zum  
letztenmal gegen die Verteilung vor der Welt: ein agent  
provocateur gewesen zu sein, ringt, er in seiner Tasche den Bescheid  
seiner obersten Behörde heimtrug:

Der Polizei-Kriminal-Kommissar Raporra ist vom 1. Januar  
1902 in den Ruhestand versetzt.

Ist das nicht eine „ellatante Genugthuung“ — für den An-  
geklagten?

und gar dem Geiste der Verfassung, wenn wir hervorheben: bei  
den politischen Wahlen ist der Einzelne souveräner  
Staatsbürger. Mit seiner Abstimmung hat er nicht als loyaler  
und treuer Unterthan eine Pflicht gegen den Großherzog zu er-  
füllen, sondern an der Ausübung eines Volksrechtes  
mitzuwirken, welches die Verfassung neben die Rechte der Krone  
und der Regierung gestellt hat. Die Verfassung legt ihm die Pflicht  
auf, sich dabei von seiner Ueberzeugung leiten zu lassen. Es  
wäre pflichtwidrig, wenn er durch andere Rücksichten sich  
bestimmen ließe. Man würde aber dem Großherzog zu nahe  
treten, wenn man annehmen wollte, er wünsche in dieser Be-  
ziehung etwas anderes, als daß seine Unterthanen einen streng  
verfassungsmäßigen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen. Eben  
daraus sollte man bei politischen Wahlen den Namen des Groß-  
herzogs aus dem Spiele lassen.

Davon abgesehen liegt es aber auf der Hand, daß es den  
Nationalliberalen nicht sowohl darum zu thun ist, dem Großherzog  
etwas Unangenehmes zu ersparen, als vielmehr darum, mit dem  
Namen des Großherzogs die eignen Wahl-  
aussichten zu verbessern. Das giebt ihrem Manöver  
einen besonders häßlichen Charakter.

Wenn sie nun dem Centrum zumuten, aus Rücksicht auf den  
Großherzog ihnen in der Residenz gegen die Socialdemokratie zu  
helfen, so bedeutet es thatsächlich gar nichts Andres, als daß  
das Centrum dafür sorgen soll, daß die Zahl  
der nationalliberalen Kammermitglieder wieder eine  
aufsteigende wird, oder daß wenigstens für wahrscheinliche  
Verluste der Nationalliberalen von vornherein Ausgleichung sicher-  
gestellt wird. So und nicht anders ist das nationalliberale An-  
nehmen zu taxieren. Das ist nun aber geradezu ungeheuerlich.  
Sollte es notwendig sein, auch nur ein Wort darüber zu ver-  
lieren? Wir glauben es nicht. Das Centrum kann in  
der Residenz ebensowenig wie sonst im Lande  
Wahlhilfe leisten, damit nationalliberale  
Mandate sicher gestellt oder neu gewonnen  
werden. Ob es sich dabei um „extrem“ oder „gemäßigt“  
nationalliberale Kandidaten handelt, macht einen Unterschied  
nicht aus.“

Es ist mehr als beschämend für das Centralorgan der badischen  
Centrumpartei und seine mittels eines liberal-nationalliberalen  
Wahlbündnisses um die Günst der Regierung bühnenden Gesinnungs-  
genossen in Badenstrümpfen, wenn sie sich von dem anerkannten  
Führer der Partei in solcher Weise zur Erfüllung ihrer politischen  
Pflicht und zum Verständnis der Lage zurückrufen lassen müssen.  
Andererseits wird dadurch aber auch der schon bedenklich vorgeschrittene  
Verwitterungsprozess angezeigt, dem das früher so festegebene  
badische Centrum unter der Strahlwirkung der Regierungsgunst  
ausgesetzt ist. Noch vor wenigen Jahren wären derartige Vorkom-  
nisse im Schoße dieses Centrums ein Ding der Unmöglichkeit ge-  
wesen. Die Zukunft wird lehren, daß seine weitere Entwicklung zur  
Regierungsfähigkeit, ebenso wie es im Reichstage geschehen, allen  
Waderischen Aufforderungen zum Trotz, unaufhaltsam ist. —

## Ausland.

### Frankreich.

**Zum Konflikt mit der Pforte.** Aus Paris wird der „Frankf.  
Ztg.“ gemeldet: Zur Abreise Constans' wird offiziell mit-  
geteilt, daß der Vorkonfliktsekretär Wapst keineswegs mit  
der Vertretung Constans' betraut sei. Wapst hat  
lediglich den Auftrag, etwaige Mitteilungen der Pforte nach Paris  
zu übermitteln, ohne sich in Verhandlungen einzulassen. —

### England.

**Aus dem irischen Census.** Irland, die „grüne aber unglück-  
liche Insel“, hat, wie die am 31. März d. J. vorgenommene Volks-  
zählung zeigt, abermals eine Abnahme der Bevölkerung aufzuweisen.  
Die Einwohnerzahl von Irland betrug, wie wir der amtlichen  
„Londoner Gazette“ entnehmen, am 31. März 1901: 4 456 546,  
was seit 1891 eine Abnahme von 248 204 oder um  
5,3 Proz. bedeutet. In den zehn Jahren vor dieser Periode  
war die Abnahme noch eine größere, nämlich 9,1 Proz., während  
sie von 1871—1881 nur 4,4 Proz. betrug. Die Ursachen  
der Bevölkerungs-Abnahme sind hier andre, als die, welche in Frank-  
reich zur Abnahme bzw. zu nur ganz geringer Zunahme geführt  
haben. Denn der Geburtenüberschuß über die Sterbefälle betrug in  
den zehn Jahren 218 222; daraus folgt, daß die Auswanderung die  
Einwanderung um 466 426 überwogen haben muß. Die Abnahme  
der Bevölkerung erstreckt sich auf alle Grafschaften mit Ausnahme  
von drei, nämlich Dublin, Down und Belfast und Antium, in welchen  
eine Zunahme von 7 Proz. zu verzeichnen war. — Die starke Aus-  
wanderung ist, wie bekannt, eine Folge der traurigen sozialen und  
agrariischen Verhältnisse. —

### Dänemark.

**Der Königszug der Liberalen.** Kopenhagen, den  
27. August. Bekanntlich haben 33 „liberale“ Männer einen Antrag  
zur Veranstaltung einer Deputation über das ganze Land verbreitet,  
die am nächsten Sonntag dem König den Dank dafür übermitteln  
soll, daß er, nachdem er 30 Jahre lang gegen den Willen  
der Mehrheit des Volkes und des Folketings regiert hatte,  
endlich nach langem Jandern dem Drange der Ver-  
hältnisse nachgab und ein „Linken“-Ministerium berief.  
Kommen, dem Aufruf entsprechend, von jeder Kommune ein oder  
zwei Deputierte, so wird das ein Zug von 1—2000 Menschen werden,  
die am Sonntagmorgen 1 Uhr auf Amalienborg empfangen  
werden sollen. Darauf wird dann die liberale Wählervereingung  
im Königs-Garten ein Fest abhalten, an dem auch das Ministerium  
teilnimmt.

„Es ist klar“, schreibt „Socialdemokraten“, daß diese Dank-  
Deputation ganz und gar nicht die Stimmung  
des Volkes, ja, nicht einmal die Stimmung der  
Liberalen zum Ausdruck bringt. Bei den Wahlen der  
Dank-Deputierten herrscht die größte Uneinigkeit. Die Verannun-  
gungen sind in der Regel nur von wenigen Menschen besetzt.“ (In  
Stadterborg waren z. B. 35 Personen anwesend; die 3 Deputierten  
wurden aber nur mit 4 Stimmen gewählt.)

Die Liberalen haben also gerade jetzt, wo es gilt, die Demo-  
kratie zusammen zu halten, um den Systemwechsel voll und ganz  
auszuführen, Streit und Jersplitterung in eignen Lager hervor-  
gerufen. Das ist sehr bedauerlich. Während ein Teil der Linken  
protestiert, scheint ein anderer Teil geneigt, in eine Servilität  
auszugleiten, die der der Konservativen nicht nachsteht.“ In Salt-  
löbing wurde am vorigen Sonntag ein „Linken“-Fest abgehalten,  
wobei Hochrufe auf den König ausgebracht wurden und ein Tele-  
gramm an ihn abgeschickt wurde, worin „tausende Männer und  
Frauen“, versammelt auf dem Fest der Linken, „seiner Majestät“ ihre  
„unterthänigen“ Grüße und Glückwünsche darbringen.

„Das Wort „Unterthan“, schreibt „Socialdem.“, war bisher von  
den Liberalen in Acht und Bann gethan! Es ist ein Wort,  
das dem autokratischen System angehört. Seit 1848 giebt es keine  
„Unterthanen“ mehr in Dänemark, sondern nur dänische Bürger.  
Man nennen „Tausende von Linken-Männern“ auf Lolland sich selbst  
Unterthanen! Aber tausende anderer Linken-Männer, sicherlich die  
meisten, protestieren dagegen. Ringsum in ganzen Lande gärt es  
in den Kreisen der Linken und herrscht das größte Mißbehagen,  
denn niemand halte erwartet, daß der erste Schritt nach  
dem Siege ein Gang nach Kopenhagen sein sollte, und  
kein freisinniger Kopenhagener hätte geglaubt, daß „Politiken“ (die  
bekannte radikal-liberale Zeitung, die bisher in anerkannter  
Weise die Prinzipien der Demokratie vertreten hat, jetzt aber leider  
auch für diese Dankfagnungskomodie eintritt) sich in solchem Maße  
vom „Dannebrog“ (dem Organ des jetzigen Justizministers Alberti)  
würde knechten lassen. Das Ganze ist um so trauriger, da ja der  
ganze Königszug vollkommen überflüssig ist. Er richtet nichts Gutes  
aus, schwächt dagegen die Demokratie gerade in dem Augenblick, wo  
sie die Früchte des Sieges pflücken sollte.“ —



## Asien.

Das **Hinische Friedensprotokoll**. Die „Times“ melden vom 27. August aus Peking: Li-Hung-Tschang gab heute dem Vizekonsul des diplomatischen Corps bekannt, daß die Vollmacht zur Unterzeichnung des Protokolls eingetroffen sei und eruchte um Festsetzung des Termins zur Unterzeichnung. Das Edikt, welches die Einfuhr von Waffen verbietet, zirkuliert heute unter den Gesandten; zwei weitere Edikte sind noch zur Vervollständigung des Protokolls erforderlich.

**Neue Christenmorde.** Nach der „Königlichen Volkszeitung“ wurden in Suja in China wieder sechs Christen getötet. In demselben Orte wurden 1897 zwei deutsche Missionare ermordet.

**Rückkehr des Hofes nach Peking?** Das „Bureau Laffan“ meldet: Ein kaiserliches Edikt, welches die Absicht des Hofes bekannt gibt, ohne öffentliches Schwärzgeplänkel nach Peking zurückzukehren, spendet 100 000 Taels als Abfindungsbeitrag zur Linderung des Notstandes in Singau und erläßt für die Dauer eines Jahres die Steuern längs der Reiseroute durch die Provinzen Schansi, Honan und Tschili. Alle Ausgaben unterwegs sollen aus dem kaiserlichen Schatz bestritten werden.

## Amerika.

**Die columbisch-venezolanischen Wirren.** Einer Depesche des „New York Herald“ aus Port of Spain zufolge fanden die venezolanischen Behörden in Coro Waffen, die dem venezolanischen Flüchtling General Riera gehören. Man hofft, daß der Aufstand in dem Gebiet von Coro dadurch vereitelt wird. Denselben Blatt wird aus Colon gemeldet: Zweitausend Aufständische drängen von Columbien in Venezuela ein, angeblich zu dem Zwecke, um an dem Sturze des Präsidenten Castro mitzuwirken. Wenn dies erreicht wäre, sollte etwas Ähnliches in Nicaragua versucht werden.

## Der Boeren-Krieg.

### Kriegsrecht oder Mord.

Das Verlangen der englischen Heißsporne, die im Felde stehenden Boeren für Rebellen zu erklären und als Räuber zu behandeln, würde sich an den Engländern selbst oftmals sehr bitter rächen. So berichtete Lord Kitchener erst dieser Tage wieder von einem „hedauerlichen Zwischenfall“, von dem ein Teil der Truppen des englischen Generals Elliot betroffen worden. Drei Offiziere und 65 Mann, die nördlich von Ladysbrand operierten, wurden von den Boeren umzingelt und gefangen genommen. Die Verluste waren gering, ein Toter und vier Verwundete. Die Gefangenen wurden, da die Boeren sie nicht ernähren konnten, auch sonst nicht vorbereitet waren, sie zu halten, gemäß den Kriegsgesetzen sofort wieder freigelassen.

„Daily News“ bemerken zu diesem Telegramm Kitcheners treffend: „Und schaudert, wenn wir bedenken, was wohl das Schicksal unserer Landbesitzer gewesen wäre, wenn die Doktrinen, welche von Leuten, die sich liberal nennen, empfohlen werden, von Lord Kitchener in die Praxis übertragen worden wären. . . . Wären solche belagerte Städte als Rebellen behandelt worden, die Boeren hätten sicher als einen notwendigen Akt der Wiedervergeltung die Erschießung der 65 Mann mit ihren Offizieren vorgenommen, in der Hoffnung, dadurch weitere Niedermetzungen zu verhindern.“

Wir glauben, so schließt das genannte Blatt, daß Lord Kitchener, selbst wenn er solchen Befehl erhielt, diesen nicht zur Ausführung bringen lassen würde. Aber wir hoffen ernstlich, daß dieser Vorfall, so wenig wichtig er vielleicht sonst auch sein mag, denjenigen als Warnung dienen möge, die fortgesetzt eine verheerende, blutige Sprache führen.“

### Der Vorstoß Scheepers gegen Kapstadt.

London, 28. August. Das „Bureau Laffan“ teilt mit: Es wird gemeldet, daß ein Teil von Scheepers Kommando die Nähe der Mossel Bay, die halbwegs zwischen Kapstadt und Port Elizabeth liegt, erreicht habe.

### Der Boerenkrieg und die internationale Sozialdemokratie.

Das internationale sozialistische Sekretariat zu Brüssel hatte sich durch Umfrage an die sozialistischen Parteileitungen aller Länder gewandt und die Frage gestellt, was seitens der Sozialdemokratie geschehen könne, um den Greuelthaten des südafrikanischen Krieges ein Ende zu machen.

Deutschland hatte schon auf eine frühere Anfrage geantwortet, daß es nicht auf möglich sein werde, mehr zu thun, als die englischen Genossen von der „Sozialdemokratischen Föderation“ und der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ bereits gethan haben, welche in ihren Zeitungen, in Broschüren, Flugblättern, sowie in Versammlungen, namentlich während der letzten Wahlkampagne, fortgesetzt gegen diesen Krieg energisch protestiert haben. Neuerdings hat das Sekretariat nochmals Umfrage gehalten und veröffentlicht jetzt die Antwort Hyndmans, die im Auftrage der „Sozialdemokratischen Föderation“ erfolgt.

Hyndman bezog, der Bund ist der Meinung, daß gegenwärtig jeder Versuch des Internationalen Komitees, dem mörderischen Krieg ein Ende zu machen, fruchtlos sein werde. Es sei jetzt zu spät, den Krieg noch aufzuhalten, oder selbst für die Boeren annehmbare Bedingungen zu erreichen. „Wir haben alle Mittel des Protestes erschöpft und die Proteste, die nicht durch Handlungen unterstützt werden können (und das können wir nicht), sind unfruchtbar. Auch ein Appell vom Kontinent an die englischen Arbeiter würde resultatlos sein; die Trade-Unions als solche würden diesem keine Bedeutung beimessen.“

An einem Generalkongress der englischen Arbeiter, so meint Hyndman weiter, sei nicht zu denken; auch ein Meeting des Internationalen Komitees in London würde keinen Eindruck machen.

Zum Schluß weist Hyndman darauf hin, daß die europäischen Mächte, sowie Japan und Amerika in China, auf den Philippinen, am Kongo, auf Madagaskar, in Südafrika usw. in ähnlicher Weise gewaltet haben, wie England jetzt in den Boerenrepubliken. „Warum also nach London kommen, um durch eine internationale Demonstration England zu zeigen, daß es viel inhumaner sei als alle anderen Länder?“

In ähnlicher Weise haben Ferri (Italien) und Janquez (Schweiz) geantwortet. Sie wären an sich einverstanden mit einer internationalen Kundgebung zu Gunsten der Boeren, bezweifeln aber auch deren praktischen Erfolg.

### Empfang Krügers durch den Zaren.

Haag, 28. August. Nach Meldungen aus Petersburg hat Dr. Leyds vom Grafen Lamsdorff die Zusicherung erhalten, daß der Zar den Präsidenten Krüger in Compagna empfangen wird.

## Sociales.

### Arbeiterzahl, Arbeitslöhne und Arbeitsleistung im preussischen Bergbau im Jahre 1900.

Nach den amtlichen Veröffentlichungen betrug die Zahl der Bergarbeiter im Jahre 1900 447 687. Sie stieg gegen das Vorjahr um 88 902. Zurückgehend bis zum Jahre 1900 ist die Arbeiterzahl um rund 147 000 erhöht worden. Von den 6766 Arbeiterinnen, die im preussischen Bergbau beschäftigt waren, sind allein im Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien 3960, im Ober-Bergamtsbezirk Halle 820, im freigen-nassischen Erzbergbau 396, im niederschlesischen Steinkohlen-Bergbau 909, im rechtsrheinischen Erzbergbau ohne Siegen-Rossum 188, im linksrheinischen 72 und im Steinkohlen-Bergbau bei Aachen 21 thätig gewesen; im ganzen staatlichen Steinkohlen-Bergbau des Bezirks Dortmund, im Kupfer- und Eisen-

bergbau werden keine weiblichen Arbeitskräfte verwendet. Die Berechnung der Löhne ergibt für den Arbeiter einschließlich der Jugendlichen und Weiblichen ein Durchschnitts-Jahres Einkommen von 1188 Mark im Jahre 1900, gegen 1070, 1010, 904, 900 und 848 in den fünf Vorjahren. In Bezug auf die Arbeitsleistung pro Arbeiter berechnet, konstatiert der Bericht einen Rückgang, der sich wie folgt verteilt:

Jahr	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Dortmund	Saarbrücken (Staatsbergwerke)
1898	882	224	274	245
1899	879	219	274	237
1900	863	215	271	238

Dieser Rückgang der Leistung ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Es kommen die Nebenprodukte in Betracht, für deren Gewinnung fortwährend in den Jahren immer mehr Arbeitsaufwendungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Produkte sind nicht in Anrechnung gebracht, wohl aber sind die hier beschäftigten Arbeiter bei der Kohlenproduktion in Anrechnung gebracht. Mit der zunehmenden Tiefe der Schächte muß überhaupt die Leistung sinken, weil für Arbeiten, die zum Ausbau und der Sicherheit des Betriebes dienen, mehr Kräfte verwendet werden. Es ist auch wahrscheinlich, daß die große Zahl ungeübter Arbeiter, die aus aller Herren Länder herbeigezogen wurden, nicht die Leistungen geübter Arbeiter erreichen.

**Arbeitslosenstatistik der Zimmerer Hamburgs.** Am 28. Juli wurden von den 1424 Mitgliedern der Zahlstelle Hamburg des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands 1402 nach der Arbeitsgelegenheit für die Zeit vom 1. bis 28. Juli befragt. 1100 Mitglieder haben während dieser Zeit nicht gearbeitet, dagegen sind 172 Mitglieder zusammen 1545 Tage wegen Arbeitsmangels, 22 Mitglieder zusammen 15 1/2 Tage wegen Witterungseinflüsse arbeitslos und 52 Mitglieder zusammen 779 Tage krank gewesen.

Einen Vergleich des Resultats der Erhebungen im Juli 1899 und 1900 mit vorstehendem Resultat ergibt nachstehende Tabelle:

Jahr	Zahl der Mitglieder	Befragt	Nicht gearbeitet wegen Arbeitsmangels	In Prozenten	Arbeitslos wegen Witterungseinflüsse	Krank	Tage im Durchschnitt
1899	1297	1162	992	85,4	170	1422	8,3
1900	1319	1254	1159	92,5	143	883	6,2
1901	1424	1402	1160	82,7	172	1545	8,98

## Versammlungen.

**Aus der Versammlung vom Montag über das Urteil des Ober-Kriegsgerichts in Gumbinnen** sei noch nachzutragen, daß der Referent den Versuch der „National-Zeitung“ aus dem Gegenstand des erstinstanzlichen und des Berufungsurteils Kapital gegen die Verurteilung in Strafsachen zu schlagen, als gänzlich verfehlt nachdrücklich zurückwies. Nimmt man an, das Offiziersmitglied in den Richterkollegien war im Gegenstand zu dem juristisch geschulten Beisitzern zur Beurteilung geneigt, so erzieht sich folgendes: in erster Instanz saßen 3 Offiziere und 2 Juristen; in zweiter Instanz 5 Offiziere und 2 Juristen. Zur Beurteilung ist  $\frac{1}{2}$  Majorität erforderlich. Die 3 Offiziere erster Instanz bilden keine  $\frac{1}{2}$  Majorität; auch wenn sie zum Schuldigspruch kommen, konnte eine Beurteilung nicht erfolgen. Anders in der Berufungsinstanz; die 5 Offiziere allein waren im Stande die zwei Juristen zu überstimmen — und sie haben es nach unwiderprochener Zeitungsmeldung gethan.

Die Verurteilung bedeutete in Gumbinnen mithin: die Entscheidung, zu der in erster Instanz, soweit ein Schuldigspruch in Frage, die Mitwirkung wenigstens eines Juristen nötig war, völlig in die Hände des Offiziersstands legte!

Für eine solche Art Verurteilung wird sich natürlich die Sozialdemokratie niemals begeistern.

**Die Schlosser** beschäftigten sich gestern Abend in einer vom deutschen Metallarbeiter-Verband einberufenen Versammlung mit dem Streik der Bauanschläger. Nachdem die Anschläger Schröder und Schulz die Ursachen und den Verlauf des Streiks geschildert, wurde nach einer längeren Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Schlosser spricht den streikenden Bauanschlägern ihre Sympathie aus und verpflichtet sich, dieselben in jeder Hinsicht zu unterstützen und zwar hauptsächlich dadurch, daß niemand von den in Bauwerkstätten beschäftigten Kollegen die Arbeit der Bauanschläger übernimmt. Vom Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Cohen, wurde darauf hingewiesen, daß diejenigen Mitglieder, welche während des Streiks Anschlägerarbeiten verrichten, seitens der Organisation als Streikbrecher behandelt werden. Andererseits sollen diejenigen, welche wegen Vertretung von Streikarbeit gemahregelt werden, die statutenmäßige Unterstützung erhalten.“

**Die Dachdecker** hielten am 27. August im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, um zu der von den Meistern vorgeschlagenen Arbeitsordnung Stellung zu nehmen. Es trug referierte: Nachdem die Gesellen in der gemeinsamen Tarifkommission seitens der Arbeitgeber-Vertreter weitgehendes Entgegenkommen gefunden hatten, sei von der gesamten Arbeiterschaft eine Arbeitsordnung beschlossen worden, die man nicht annehmen könne. Die Gesellenvertreter in der Tarifkommission hätten sich bereits über Abänderungsvorschläge geeinigt, die sie der Versammlung zur Begutachtung unterbreiten möchten. Die Meister schlagen als § 1 vor: „Der Einheitspreis beträgt 60 Pfennig für die Stunde. Die Gesellen sind zur Ausführung aller Arbeiten, die bisher als Dachdeckerarbeiten gegolten haben, verpflichtet. Die Lohnzahlung für durch Alter, Unfall und Invalidität in der Arbeitsfähigkeit beschränkte und für sonstige minderleistungsfähige Gesellen, sowie für Junggeleuten im ersten Jahre nach der Lehrzeit unterliegen der freien Vereinbarung.“ Die Tarifkommission der Gesellen will gestrichen haben: „und sonstige minderleistungsfähige Gesellen.“ Der § 2 soll nach dem Meistervorschlag lauten: „Die Lohnzahlung findet am Sonnabend sofort nach dem Schluß der Arbeit statt. Wenn sie nicht auf der Arbeitsstelle erfolgen, so ist den Arbeitnehmern gestattet, sich so einzurichten, daß sie bis 6 Uhr im Comptoir des Arbeitgebers eintreffen können.“ Die Gesellenvertreter beantragen, einzuschließen, daß die Lohnzahlung spätestens eine Stunde nach Feierabend beendet sein muß, und daß längeres Warten als Ueberstunden zu bezahlen ist. Ferner soll der Schlußsatz dahin abgeändert werden, daß sich die Gesellen im fraglichen Fall so einzurichten können, daß sie am Schluß der Arbeit im Comptoir eintreffen. Nach § 3 beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden. Die Meister wollen durch denselben Paragraphen ausschließen jede Bezahlung für Arbeitsunterbrechungen infolge Frost, Mangel an Material sowie die Wirksamkeit des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Gesellen verlangen, daß nur die Festsetzung der Arbeitszeit stehen bleibe. — § 4 regelt die Arbeitseinteilung für die verschiedenen Tages- und Jahreszeiten so wie bei den Maurern und Zimmerern. Dagegen wurde nichts eingewandt. § 5 bestimmt: Ueberstunden sind zu vermeiden. Wenn dringende Arbeiten Ueberstunden bedingen, so sind sie mit 10 Proz. Lohnzuschlag zu entschädigen.“ Hieran haben die Gesellenvertreter nichts auszusprechen, ebensowenig an dem in § 6 vorgesehenen Kündigungsanspruch. Im § 7, Schlußvorschriften betreffend, erregt Anstoß, daß die Meister den Gesellen, die nicht eine eigene Sicherheitsleine nebst Gurt besitzen, eine solche gegen Hinterlegung von 6 M. (Lohnabzug) liefern wollen; die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gegen Rückgabe der „noch brauchbaren“ Sicherheits-einrichtung erstattet werden sollen. Die Gesellenvertreter schlagen vor, daß den Arbeitern unterschiedslos und ohne weiteres beim Arbeitsantritt Sicherheitsleine und Gurt ein-

zuhändigen seien. Die Arbeiter sollen sich dagegen verpflichten, für die Unterhaltung dieser Dinge zu sorgen, sie ohne besondere Aufforderung bei jeder Arbeit anzulegen und sie bei der Entlassung abzugeben. Nach § 8 können die Gesellen schadloshaftes Nähtzen zurückweisen. Nach § 9 ist, wenn bei auswärtiger Arbeit ein Uebernachten notwendig, eine Landzulage nicht unter 1,50 M. zu gewähren. Die Tarifkommission will die Bestimmung auch auf den Sonntag ausgehend wissen. Nach § 10 soll die von den Meistern und den Gesellen gebildete Tarifkommission als Schiedsgericht fortbestehen bleiben. Die Gesellenvertreter beantragen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts als Berufungsinstanz anzuerkennen.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt, der von der Meisterschaft aufgestellten Arbeitsordnung ihre Zustimmung nicht geben zu können. Sie erwartet, daß in Berücksichtigung der Abänderungsvorschläge der Vertreter der Gesellen in gemeinsamer Kommissions-Sitzung eine neue Arbeitsordnung ausgearbeitet wird; die Versammelten können nur einer in gemeinschaftlicher Kommissions-Sitzung aufgestellten Arbeitsordnung ihre Zustimmung geben.“ Durch einen weiteren Beschluß wurde der Tarifkommission anheimgegeben: zu berücksichtigen, daß den Gesellen gleich bei der Entlassung der Lohn, die Invalidenrente und das Kasienbuch ausgehändigt werden.

Der Vertrauensmann Janell legte Rechnung über den Streikfonds, einschließlich des 45,40 M. betragenden Kasienbestandes vom 6. Januar wurden eingenommen 1620,00 M., ausgegeben wurden 53,37 M. Das Gesamtvermögen beträgt 5702 M. Die Versammlung erteilte Janell Decharge und beschloß, ihm 2 Proz. der Einnahme als Vergütung und Mantelgeld zu bewilligen. — Als Revisoren wurden Reinhold Müller, Herold und Küter gewählt.

**Eine öffentliche Versammlung der Tischbinder, Galanterie-, Lederarbeiter und Arbeiterinnen** tagte am Dienstag bei Feuerstein. Reichstags-Abgeordneter B. Heine hielt eine Rede über: „Die persönliche Freiheit, ihre Schutze und ihre Begründung durch das Gesetz.“ Eine Diskussion über den lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt.

Den Bericht über den Streik bei der Firma Rau, der nun bereits vier Wochen andauert und infolge von Maßregelungen entstanden ist, erläuterte Scholz. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Situation für die Streikenden immerhin noch eine recht gute ist. Allerdings hat sich eine Anzahl Arbeitswilliger gefunden, aber fast ausnahmslos so minderwertige Arbeiter, daß die Firma schließlich doch noch gezwungen sein wird, entweder den Betrieb erheblich zu reduzieren oder aber die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Dem Bericht folgte eine längere Diskussion, in der auch das Verhalten des Vorstandsmitgliedes des Portefeuille-Verbandes A. Schulz, der ohne Wissen und Zustimmung seiner Organisation mit dem Werkführer der Firma verhandelt hat, einer lebhaften Kritik unterzogen wurde. Die anwesenden Vertreter des Portefeuille-Verbandes erklärten, daß ihre Organisation stets solidarisch handeln wird, und sie wünschen, wie alle übrigen Arbeiter, daß auch bei der Agitation jedwede Unbilligkeiten zwischen dem Tischbinder- und Portefeuille-Verband vermieden werden. — Einmütig gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, nach der der Streik bei der Firma Rau fortbauern soll und sich die Versammelten verpflichten, in jeder Weise dahin zu wirken, daß die Forderungen der Arbeiter von der Firma anerkannt werden.

**Die Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Gasenarbeiter-Verbandes** hielt am 21. August ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß im verflochtenen Jahre 14 Vorstandssitzungen, 11 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung stattgefunden haben. Der Kasienbericht wurde wegen eines Formfehlers bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission wurde allseitig gutgeheißen. D. Joho wurde einstimmig als Delegierter wiedergewählt. In den Vorstand wurden gewählt: Wilhelm Sielow, erster Vorsitzender; Julius Hoppe, zweiter Vorsitzender; Franz Brauh, Kassier; Otto Jobo, Schriftführer. Als Delegierter zur Generalversammlung nach Hamburg wurde Otto Joho gewählt. Als Revisoren wurden folgende Kollegen bestimmt: Eduard Bedder, Ernst Schudbel, Wilhelm Joch.

**Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend** beschloß in seiner letzten Versammlung, nachdem das Andenken des verstorbenen Mitgliedes H. Hiem in der üblichen Weise geehrt wurde, den streikenden Glasarbeitern 300 M. zu überweisen. Gemeinlich referierte über die Tagesordnung des bevorstehenden Kongresses der Vertrauensmänner-Centralisation, und empfahl die Wahl eines Delegierten. Es wurde Hirschlich einstimmig gewählt. Scharf gerügt wurde, daß in einigen Baugeschäften über die vertragmäßige Arbeitszeit gearbeitet werde.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Zum Brotwucher der Kohlenwucher.

Köln, 28. August. (W. Z. V.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Das Rheinisch-Westfälische Kohlenfondat beschloß für Lieferungen vom 1. September ab — es handelt sich dabei um Mehrengungen, die nach Lage der Verhältnisse abgegeben werden können — die Preise bei Kalkofle I, II und III sowie bei Stäckofle um 1 M. für die Tonne und bei Kalkofle IV und Hörbeckofle um 50 Pf. für die Tonne zu erhöhen. Dagegen bleiben für Mehrlieferungen von Coalsohlen, Fein- und Grobsohlen die bisherigen Preise bestehen.

### Grubenunglück in Schottland.

London, 28. August. (W. Z. V.) Aus Schottland wird eine Grubenkatastrophe gemeldet. 14 Bergleute sind bei Donbriville-Collery durch einen Erdrutsch verschüttet worden. Die Katastrophe ereignete sich bei den Arbeiten zur Herstellung eines Luftschachtes. Vier Bergleute, welche ihren Kameraden Hilfe bringen wollten, stürzten in den Schacht und blieben auf der Stelle tot.

**Insterburg, 28. August.** (W. Z. V.) Die „Ostdeutsche Volkszeitung“ meldet: In der russischen Grenzstadt Wylkinty entstand in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein Feuer, das gestern Abend noch nicht völlig gelöscht war. Die Stadt ist zum größten Teil eingedäschert. Hunderte von Familien sind obdachlos. Zur Löschung des Brandes wurde von den preussischen Grenzgemeinden Hilfe geleistet.

**Frankfurt a. M., 28. August.** Nach einer Depesche der „Frankf. Jtg.“ aus London veröffentlicht der „Globe“ ein Telegramm aus Sanghai, demzufolge die Peking-Verhöre telegraphisch um die Entsendung weiterer britischer Truppen nach der Hauptstadt nachgesucht hätten.

**Vasel, 28. August.** (W. Z. V.) Heute Abend kurz nach 6 Uhr stürzte der fünfstöckige, im Neubau befindliche Gasthof „Zum Löwen“ ein und begrub 15 Arbeiter unter den Trümmern. Dagegen wurden 2 Tote und 8 schwer Verwundete hervorgezogen. Mit den Aufräumungsarbeiten wird noch fortgefahren.

**Leipzig, 28. August.** (W. Z. V.) Im Ronowitzer Kohlen-Schachte fand infolge Explosion von Grubengasen ein Obersteiger und ein Heizer erstickt.

**Leipzig, 28. August.** (W. Z. V.) Der Wiener Neger Eugen Zettel ist in einem hiesigen Hotel plötzlich am Herzs Schlag gestorben.

**Burgis, 28. August.** (W. Z. V.) Eine Feuerbrunst zerstörte diese Nacht den hiesigen großen Bazar. Der gesamte Stadteil, in dem sich derselbe befindet, war bedroht. Es gelang jedoch der Feuerwehr, die Gefahr abzuwenden. Der Schaden wird auf über eine Million Mark veranschlagt.

**Brüssel, 28. August.** (W. Z. V.) Gestern Abend fand eine große Versammlung der hiesigen Freimaurer statt. Sämtliche Redner sprachen sich zu Gunsten der Einführung der Sonntagruhe aus. Die Versammlung nahm eine diesbezügliche Tagesordnung an und beschloß, diese an die Kammer zu senden.



Schüler internationaler Kongress der Glasarbeiter.

Hannover, 27. August
Dritter Verhandlungstag.
(Vormittags Sitzung.)

Nach Eröffnung der Sitzung erhielt das Wort Wheeler (England), folgendes ansprechend: Die englischen Arbeiter hätten rühmend anerkannt, daß die deutschen Glasarbeiter nicht anders gekommt, als in den Generalstreik einzutreten. Die Zustimmung, ihre Vereinigungsrechte anzugeben, dürfe sich die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Deshalb hätten auch die englischen Glasarbeiter einstimmig die Unterstützung der deutschen beschloffen. Redner ist der Ansicht gewesen, eine Deputation des Kongresses zu den deutschen Fabrikanten zu entsenden; aber es sei ihm die Mitteilung gemacht, daß jeder Schritt bei den Fabrikanten auf Anerkennung der Organisation vergeblich sei. Da müsse denn ein anderer Weg gefunden werden. Redner kann es nicht lassen, weshalb die Fabrikanten nicht mit der Organisation verhandeln wollen wegen einer so selbstverständlichen Sache. Aus den Zeiten des Absolutismus sei man doch heraus. Wenn also der Weg der Verhandlung nicht möglich, so müsse ein anderer betreten werden. Unter den sieben englischen Delegierten ständen 4000 organisierte Kollegen mit einem Kriegsfonds von 1.800.000 R. Die Engländer seien bereit, diesen Fonds zu opfern, wenn es sein müsse. (Stürmisches Bravo.) Der Kampf um die Organisation müsse gewonnen werden, koste es was es wolle. Wenn durch den Streik die Glasindustrie aus Deutschland vertrieben werden sollte, so sei das lebhaft zu bedauern, aber die Schuld falle auf das Unternehmertum. Wir Engländer sind Gegner von Streiks, aber wir werden dennoch eher 100 Kämpfe aufnehmen, ehe wir uns den Forderungen der deutschen Glasfabrikanten fügen werden. In England haben wir dieselben Kämpfe durchgemacht. Heute freuen sich unsere Fabrikanten, mit den Arbeiterorganisationen verhandeln zu können, um Streiks zu vermeiden. Das Recht auf Organisation erweist uns Fabrikanten so selbstverständlich, daß es niemand wagt, daselbe anzugreifen. Wenn deutsche Millionäre glauben, die Arbeiterschaft in ihren staatsbürgerlichen Rechten unterdrücken zu können, so ist das ein gegen das Interesse des Staates und der Menschheit gerichtetes Verbrechen. Solche Herren müssen unerschrocken gemacht werden. Ich gehöre 42 Jahre der Organisation an und habe genügend die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer jede Gelegenheit ausnützen, um den Arbeitern ihre Rechte zu benehmen, um für sich Vorteile zu erringen. Wenn die Arbeiterschaft gut organisiert ist, so kann man ihr nicht bekommen; daher auch das Bestreben der deutschen Unternehmer, die Organisation zu zerstören. Daß es dahin kommt, dürfen wir nicht leiden. Die deutschen Glasarbeiter sollen nur fest zusammenhalten. Wir Engländer verpflichten uns, sie in diesem Kampfe bis zum Aushalten zu unterstützen. (Stürmisches Bravo.)

Preußler (Oesterreich): Man sollte meinen, die Zeiten, in denen das Unternehmertum der Arbeiterschaft ihre staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten könne, seien vorbei. Man habe doch nicht aus Liebe zu den Arbeitern das Koalitionsrecht geschaffen, sondern infolge der eisernten Notwendigkeit. Das deutsche Unternehmertum wolle Sklaven haben. Das liege gar nicht im Interesse der Industrie. Eine unterdrückte Arbeiterklasse werde auch unfähig in ihren Leistungen. In Oesterreich seien die Arbeiter nicht so weit, wie in Deutschland; aber es gäbe ein Unglück, wenn man den Oesterreichern mit solchen Zumutungen komme, wie den Deutschen, deren Kaltblütigkeit und Ausdauer bewundern müsse. Auch die organisierten Glasarbeiter in Oesterreich seien ein mächtiger Faktor, daß der Kampf der Deutschen mit allen Mitteln unterstützt werden müsse. Der auch in Oesterreich gemachte Versuch der Beseitigung des Koalitionsrechtes sei den Unternehmen mißlungen. Die Gewerkschaften seien das Sicherheitsventil gegen die Ausbrüche der Verzweiflung. Da solle man von Staats wegen die Gewerkschaften gegen das staatsgefährliche Treiben des Unternehmertums in Schach nehmen. Leider hätten die österreichischen Arbeiter nicht so gefüllte Kassen wie die Engländer; aber auch die Oesterreicher würden die letzte Hölle hergeben, um ihren deutschen Kollegen zu helfen. (Lebhaftes Bravo.) Unbegreiflich sei es, wie der Ring der Fabrikanten so unter dem Einflusse Heyes stehen könne. Das müsse ja der deutschen Industrie zum Verderben gereichen. Selbst wenn Heyes Wunsch in Erfüllung ginge, so würde eine Niederlage der Arbeiter nur einen um so verzweifelteren Angriff bedeuten. Vorläufig sei es aber so weit nicht. Der Kongress möge eine Erklärung abgeben, daß es Pflicht der Kollegen aller Länder sei, den Deutschen den Rücken zu decken. — Adrahansen (Dänemark) schließt sich den Vertretern von England und Oesterreich vollinhaltlich an. Auch er will sein Möglichstes zur Unterstützung der Deutschen thun, nicht nur in Dänemark, sondern auch in benachbarten Schweden und Norwegen. (Beifall.) — Vantrachs-London erklärt als Vertreter der lokalorganisierten Glasarbeiter Zentralverbände anzuknüpfen. — Höfeler-Geresheim und Höfeler-Rienburg geben für ihre Orte und Lippert im Namen der übrigen Delegierten der deutschen Glasarbeiter die Erklärung ab, daß nach dem hochherzigen Verhalten der ausländischen Kollegen an eine Fachsenkung der Streikenden nicht zu denken sei. — Dirsch-Jährch erklärt, daß auch die böhmischen Kollegen trotz ihrer beschränkten Existenzverhältnisse an Oplermit nicht zurückstehen werden.

Dirsch-Stralau: Mit dem Gebotenen können wir mehr als zufrieden sein. Die Herren Glasfabrikanten werden sich wundern. Eine solche Einmütigkeit hatten wir kaum erwartet. Alle Nationen sind darin einig, daß die Handlungsweise der Unternehmer eine brutale ist. Preußler hat recht, ob Sieg oder Niederlage, der Sieg ist unser. Wir werden nicht eher ruhen, bis der letzte deutsche Glasarbeiter organisiert ist. Horn-Lindenau betont, obwohl er ursprünglich Gegner des Generalstreiks gewesen, so habe er doch im Laufe der Zeit einsesehen, daß ein anderer Weg nicht übrig geblieben und an ein Zurückweichen nicht zu denken sei. In seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der deutschen Glasarbeiter werde er daher alles thun, was in seinen Kräften stehe. Er könnte auch die feurige Mitteilung machen, daß Sweden und England wieder 1000 Pfund Sterling (20.000 Mark) eingetroffen seien. (Lebhaftes Bravo.) Das werde wieder den Mut neu beleben. Die Einmütigkeit des Kongresses in dieser Frage werde Wunder wirken. Die deutschen Kollegen würden sich der Sympathie vollständig zu zeigen wissen. An ein Nachgeben sei nunmehr nicht zu denken.

Unter lebhaftem Applaus des Kongresses erfolgt sodann die einstimmige Annahme der in unferem gestrigen Bericht schon mitgeteilten Resolution Dirsch.

Auf Antrag Nag-Dresden wird beschlossen, die Reden der ausländischen Delegierten als Flugblatt drucken zu lassen und an sämtliche Glasarbeiter Deutschlands zu verteilen.

(Nachmittags Sitzung.)

Zur Erörterung steht: Die Notwendigkeit der Organisation der Glasarbeiter. Dazu bringen Preußler (Oesterreich) und Heptinstall (England) je eine Resolution ein und begründen dieselbe. In der englischen Resolution wird die Notwendigkeit der Organisation betont und die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeiter sich nach Ländern oder Distrikten organisieren sollen. Ferner soll der Kongress seine Mißbilligung darüber aussprechen, daß verschiedentlich von Geistlichen oder anderen Elementen versucht wird, die Arbeiter dadurch von ihren wirtschaftlichen Bestrebungen abzulenken, daß man Sonderorganisationen gründet. Die Resolution Preußler fordert die streng centralistische Organisationsform. Außerdem will sie eine Regelung der

Wettläufe und nimmt Bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit. Für die Resolution Heptinstall stimmen alle Nationen mit Ausnahme des dänischen Delegierten, der sich der Abstimmung enthält. Für die Resolution Preußler stimmen die Deutschen, der schweizerische Delegierte und Oesterreich, während die Engländer und der dänische Delegierte sich der Abstimmung enthalten. — Vantrachs-London will neben der rein gewerkschaftlichen Frage auch das politische Moment in der Organisation betont wissen. Dagegen wendet sich Böckel-England, der in die Bestaltung der politischen Agitation nicht eingreifen will. Es gelangt dann noch eine Resolution Preußler-Girbig zur Annahme, in welcher den Organisationen eine unsichtige Taktik empfohlen und zum Ausdruck gebracht wird, daß der Kongress eine Hauptthätigkeit der Organisationen in der Aufnahme von statistischen Erhebungen und der agitativen Verwertung des gewonnenen Materials sieht. Zur Durchführung einer besseren internationalen Verbrüderung soll das Bureau eine beständige Korrespondenz führen mit den Sekretären der einzelnen Nationen. Auch soll für ständige Beitragszahlungen an das internationale Sekretariat Sorge getragen werden. Mindestens alle Vierteljahre hat der internationale Sekretär einen Bericht an die Vertrauensmänner der einzelnen Nationen zu entsenden.

Ueber „die Arbeitszeit“ referiert Girbig-Stralau. In keinem andern Betriebszweige, so fährt Redner aus, herrschen in Bezug auf die Arbeitszeit so große Uebelstände, wie in der Glasindustrie. In manchen Betrieben dauere die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, dazu kämen die Wege nach den Betrieben, so daß sowohl von körperlicher wie geistiger Erholung keine Rede sein könne. Besonders krasse Uebelstände beständen bei den Verklemmachern. Die lange Arbeitszeit sei auch die Ursache der jämmerlichen Löhne, die sei der Hemmschuh der ganzen Glasarbeiter-Bewegung. — Nachdem ein Antrag, Punkt 8 und 9 der Tagesordnung (Lohnfrage) zusammenzufassen, angenommen ist, tritt Dirsch-Jährch in längerer Ausführungen für Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der Accordarbeit ein. Zeutzel-Verlin hält eine von Girbig eingebrachte Resolution, welche die achtstündige Arbeitszeit einschließt, für die Forderung, für verfehlt, da sie zur Zeit noch undurchführbar sei. — Weizmann-Vening spricht über die Ausnutzung der Kinderarbeit in der Glasindustrie, besonders in der Bleisäureindustrie. Horn-Lindenau polemisiert in längerer Ausführungen gegen die Auslassungen Zeutzel. — Die weitere Debatte dreht sich darum, ob die achtstündige Arbeitszeit mit oder ohne Einschluß der Pause zu fordern sei und endet mit der Annahme der Berliner Resolution vom Jahre 1898, die eine achtstündige Arbeitszeit einschließt und die Pausen und Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit fordert.

Partei-Nachrichten.

Die Breslauer Parteigenossen besprachen in ihrem Verein die Tagesordnung des Parteitages. Eine eingehende Besprechung zeitigte der Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde folgendem Antrag zugestimmt:

Der Breslauer Socialdemokratische Verein sieht in dem Spruch, den das Hamburger Schiedsgericht in der Angelegenheit der Hamburger Accordmaurer gefällt hat, keine den Traditionen der Partei entsprechende Entscheidung; er mißbilligt denselben aufs entschiedenste und erwartet eine baldige Kassierung des Schiedsspruches.

Von einem Parteigenossen wurde auf die theoretischen Auseinandersetzungen in der Partei, besonders die Stellung Versteins dazu, hingewiesen. Man beschloß mit großer Majorität entgegen dem Verlangen von anderer Seite, den Delegierten für Breslau zu beauftragen, dafür einzutreten, daß über diese Dinge zur Tagesordnung übergegangen wird. Zum Delegierten wurde Emil Reinfisch gewählt, dem über die Stellung zu dem erwähnten Schiedsspruch kein gebundenes Mandat übertragen wurde.

Die Gemeinderatswahlen des Landkreises Offenbach, die nun fast ihrem Abschluß nahe sind, brachten zu Anfang voriger Woche unsere Genossen in Urberach statt des erhofften Sieges eine Niederlage. Diese schwarze Domäne blieb diesmal noch dem Centrum erhalten. Die Stimmzahl unserer Genossen erweckt aber die sichere Hoffnung, daß dies bei den nächsten Wahlen anders werden dürfte. Unsere Genossen wollen übrigens diese Wahlen wegen verschiedener Beeinflussungen aufheben. Der Sonnabend brachte dagegen den Genossen in Sprendlingen einen vollen Sieg, denn ihre sämtlichen fünf Kandidaten wurden gewählt und damit zum erstenmal Socialdemokraten den Eintritt in den Gemeinderat erkämpft. In gleicher Weise schnitten die Genossen in der bisherigen schwarzen Hochburg Bürgel ab. Dortselbst wurden am Montag ebenfalls von sechs Kandidaten fünf gewählt und damit zum erstenmal eine ganz empfindliche Breche in diese Centrumsveste gelegt. Dieser Sieg wird auf die Centrumsfreunde wegen der Urberacher Wahl nicht gerade förderlich einwirken. Die nächste Wahl, auf welche die besondere Aufmerksamkeit der Genossen gerichtet ist, ist die Wahl in Offenbach-Stadt, die auch in greifbare Nähe gerückt ist. Hier handelt es sich um die Verlegung von 15 Eigen, von denen zwei unsere Genossen zu verteidigen haben.

Ein Socialdemokrat im Verwaltungsgericht. Die Mitglieder zum Verwaltungsgericht für die Herzogthümer Koburg und Gotha, darunter unser Parteigenosse Bod, sind nunmehr vom Landesverwalter bestätigt worden. Der Wunsch einiger Schachmacher, die auf eine Nichtberufung des socialdemokratischen Abgeordneten Bod rechneten, ist somit nicht in Erfüllung gegangen.

Der skandinavische Arbeiterkongress. Zum Abschluß des Kongresses fand am Sonntag im Ballsaale und Park am Englowweg eine würdige Fester statt. Unter den Reden, die dort gehalten wurden, ist die des Vorsitzenden des finnischen Arbeiterbundes von ganz besonderem Interesse. Der Repräsentant Finnlands, Drochila, führte u. a. folgendes aus:

„Bei uns hat es viel Mühe gekostet, die Arbeiter zu organisieren, aber wir glauben wir, daß wir auf dem rechten Wege sind und daß die Entwicklung uns in vielen Beziehungen unterstützen wird. Wir Finnländer sind nun angegliedert an der Zahl der Nationen. Man hat uns mitre Akts entlassen. Und bleibt nur übrig, das, was wir als Nation verloren haben, international wieder zu gewinnen. Wir haben einen langen und schweren Weg zurückgelegt. Wir haben uns auf die Konservativen gestellt, aber die haben uns betrogen. Wir haben an die Liberalen geglaubt, aber sie ständen uns gleichgültig gegenüber und haben nichts für uns ausgedacht. Nun haben wir uns der revolutionären Socialdemokratie zugewandt und wollen versuchen, Schritt zu halten mit den vorwärtsstrebenden organisierten Arbeitern der anderen Länder. Das heißt, wir wollen uns selbst helfen und uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen, und wir meinen, daß dies das Beste ist, denn der Kapitalismus unserer Bourgeoisie ist nicht minder räuberisch gegen uns, weil wir Finnen sind, als in anderen Ländern. Der Kapitalismus ist international aus Prinzip und wir wollen seinem Beispiel folgen.“

Am Freitag hatte Genosse Drochila im Diskussionsklub „Lassalle“ einen Vortrag über die „Arbeiterbewegung in Finnland“ gehalten, dem wir folgendes entnehmen:

Der Socialismus ist erst in den letzten Jahren nach Finnland gekommen. Der erste Arbeiterkongress wurde 1895 in Helsinki abgehalten. Nach dieser Zeit entstanden viele gewerkschaftliche Organisationen, 1896 streikten auch die Bauhandwerker und im selben Jahr erschien das erste Arbeiterblatt. Danach sind dann mehrere socialdemokratische Zeitungen gegründet worden, aber sie sind schwer aufrecht zu erhalten, weil die Censur oft so streng ist, daß sie die Herausgabe des Blattes verhindert. Die Mai-Demonstration ist wahrscheinlich in diesem Jahr zum letzten-

mal abgehalten worden, da die Polizei sie jedenfalls in Zukunft verbieten wird. Die Socialdemokratie hat in den verschiedenen Fachverbänden Mitglieder, aber noch keine gemeinsame Organisation. Die politischen Arbeitervereine haben ca. 7000 Mitglieder. In Zukunft werden der öffentlichen Wirksamkeit der Socialdemokratie aller Wahrscheinlichkeit nach große Hindernisse bereitet werden, aber wenn das auch geschieht, die russischen Machtthaber werden die finnischen Socialdemokraten als Vorläufer der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im eignen Lande haben.

Politikliches, Gerichtliches u. v. w.

— Eine Verächtlichmachung von Staatsbeamten sollte der Genosse Grenz aus Leipzig in einer Versammlung in Chemnitz begangen haben, weshalb er vor das Forum des Chemnitzer Gerichts gefordert wurde. Der Anklage lag eine höchst ungenaue Niederschrift der Rede des Genossen Grenz zu Grunde, in der dieser die Nichterfüllung socialer Erfolge kritisiert hatte. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, da es in der betreffenden Kennerung, die inkriminiert war, keine Verächtlichmachung von Staatsbeamten erkennen konnte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bauanschläger.

nimmt einen günstigen Verlauf. Wie in der gestrigen Versammlung der Streikenden berichtet wurde, haben bereits 80 Firmen, die der Innung oder dem Verband der Schlosser und verwandter Gewerbe nicht angehören, die Forderung der Zuschläger unterschrieben anerkannt und konnte dadurch von circa 200 Ausschlägigen die Arbeit wieder aufgenommen werden. Verschiedene Anschläger, die bisher der Bewegung fernstünden, haben jetzt ebenfalls die Arbeit eingestellt und sich mit den Streikenden solidarisch erklärt, so daß es den Unternehmern trotz aller Bemühungen ohne Anerkennung der Forderungen nicht gelingen dürfte, auch nur die alternativen Arbeiten fertig gestellt zu bekommen. Die Charlottenburger Innung, die vollständig selbstständig und unabhängig von der Berliner Innung ist, hat sich bereit erklärt, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Hingegen hat die Berliner Innung in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Preiskommission auf Grund des bekannten Beschlusses nicht befugt ist, mit der Lohnkommission zu verhandeln, bevor nicht die Anschläger die Arbeit wieder aufgenommen haben.

In der Diskussion wurde angeregt, auch diejenigen Firmen frei zu geben, welche der Innung angehören, wenn sie die Forderungen anerkennen. Die meisten Redner wandten sich jedoch gegen eine derartige Aenderung der Taktik und verwiesen darauf, daß gerade die Innung den Kampf aufgebracht hat und daß es ja den Meistern, die mit dem Vorgehen der Innung nicht einverstanden sind, frei steht, aus derselben auszutreten, oder aber eine Aenderung der Beschlüsse zu veranlassen. Es wurde schließlich beschlossen, daß die Kommission mit der Charlottenburger Innung auf Grundlage der aufgestellten Forderungen in Verhandlung treten soll. Im übrigen wird die Taktik beibehalten und der Streik fortgesetzt werden, bis die Berliner Innung mit der Lohnkommission verhandelt und entsprechende Vereinbarungen getroffen sind. Die Abmachungen sollen dann natürlich für alle Unternehmer gelten.

Zur Lohnbewegung der Wandagisten. Die in unferem Sonnabendnummer mitgeteilten Forderungen sind bereits von fünf Firmen bewilligt worden, während sich acht Firmen noch nicht dazu geäußert haben oder sich ablehnend verhalten. Eine am Dienstag abgehaltene Versammlung der Wandagisten beschloß, daß am Mittwoch in allen Werkstätten die Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden, mit der Maßgabe, daß bis zum Freitag Antwort gegeben werden müsse. Leberall, wo bis Freitagabend die Forderungen nicht bewilligt sind, soll am Sonnabend seitens der Lohnkommission durch Verhandlungen noch ein letzter Versuch zur glücklichen Erledigung gemacht werden. Falls auch dieser mißlingt, ist am Montag früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Deutsches Reich.

Der Arefelder Sammetmacher-Streik dauert unüberdört fort. Die Arbeitgeber haben am Dienstag dem Gewerbegericht mitgeteilt, daß sie vor dem von den Streikenden angeführten Einigungsamt nicht erscheinen wollen. Jedenfalls hoffen die Unternehmer, den Betrieb durch Streikbrecher weiterführen zu können, die sie von auswärtig heranzuziehen sich bemühen. In der vorigen Woche hatten sie auch 40 Arbeitswillige in Oberfeld aufgetrieben, die jedoch, nachdem sie von der Sachlage unterrichtet wurden, wieder abzogen. Von den Streikenden ist auch niemand wandelnd geworden. Die Arbeitszeit der Sammetmacher, die von den Fabrikanten bekanntlich, um einen Druck auf die streikenden Scherer auszuüben, auf täglich 8 Stunden herabgesetzt worden ist, soll vom 28. d. M. an auf 7 1/2 Stunden verlängert werden. — Paulsen, der Leiter des Streiks, hatte gegen seine Verhaftung — die, wie seiner Zeit berichtet, wegen angeblicher Aufreizung erfolgt ist — Beschwerde erhoben, dieselbe ist aber vom Landgericht zurückgewiesen, auch wurde das Ersuchen, Paulsen gegen Kaution auf freien Fuß zu setzen, abgelehnt. Zahlreiche Strafmandate sind bereits gegen Streikende erlassen, auch der Redacteur unseres Arefelder Partei-Organs hat eine Anklage wegen Verleumdung Arbeitswilliger erhalten.

Die staatsgefährlichen Fremden. In Mittelthal (Sachsen-Weimar) suchte jemand beim Gemeindevorstand die Erlaubnis zu einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung nach. Der Bürgermeister — eingedenk des bekannten Wortes: Ausländer, Fremde sind's zumeist, die unter uns gefät den Geist der Rebellion usw. — verjagte die Erlaubnis, weil ein fremder Redner käme. Der Bezirksdirektor, an den sich der Einberufer nunmehr wandte, trat diesem Entschied bei mit der Begründung, die Versammlung würde gern erlaubt werden, wenn sie nur gewerkschaftlichen Zwecken und zur Hebung der wirtschaftlichen Lage diene. Aber weil ein auswärtiger Redner zugezogen würde, und das seien in den meisten Fällen socialdemokratische Agitatoren, müßte sich der Bezirksdirektor der Ansicht des Bürgermeisters anschließen und die Versammlung verbieten!

So ist denn das glückliche Mittelthal vor den Umsurz durch einen auswärtigen Redner bewahrt geblieben.

Die Wahlen zum Coburger Gewerbegericht, welches am 1. Oktober in Tätigkeit tritt, sind vor einigen Tagen beendet. Die Beteiligung seitens der Arbeiter war sehr lebhaft; es haben von 972 eingeschriebenen Wählern 885 gewählt, während von 72 Arbeitgebern nur 30 ihr Wahlrecht ausübten. Das Ergebnis der Wahl war, daß sämtliche von dem Gewerkschaftsartikel aufgestellten Bewerber-Kandidaten (aus den Reihen der Arbeitnehmer) gegen die Kandidaten der Dirsch-Dunderschen Gewerbevereine gewählt worden sind.

In Schmölla (Sachsen-Altenburg) legte bei den am 26. d. M. stattgehabten Gewerbegerichtswahlen die vom Gewerkschaftsartikel aufgestellte Liste der Arbeitnehmer. Für diese wurden 400 Stimmen abgegeben, während auf die Kandidaten der Dirsch-Dunderschen trotz eifriger Agitation nur 90 Stimmen entfielen.

Ausland.

Ueber den Stahlarbeiter-Streik in Amerika sind schon seit bald zwei Wochen keine Nachrichten von Bedeutung eingelaufen. Das läßt darauf schließen, daß der Streik nicht die Ausdehnung genommen hat, die er haben müßte, wenn der Kampf, den die Arbeiter-Organisation gegen den mächtigen Stahltrust führt, einen durchschlagenden Erfolg haben soll. Neuerdings kommen Nachrichten aus Amerika, die von einer in Aussicht stehenden Verlegung des



Streik reden, wobei die Arbeiter von ihrer ursprünglichen Forderung erhebliche Abstriche zu machen genötigt wären. Heute meldet das „Reuter'sche Bureau“ aus Pittsburg: Schaffer richtete ein Schreiben an die Mitglieder des Exekutivkomitees des Vereinigten Stahlarbeiterverbandes, in welchem er sie auffordert, dem Plan zur Beilegung des Ausstandes, über den am letzten Sonnabend sich die Vertreter der Nationalen Arbeiter-Vereinigung und des Stahlarbeiterverbandes geeinigt haben, zuzustimmen.

## Lokales.

### Vom Berliner Milchkrieg.

Die Milchverteuerungs-lustigen Landwirte der Mark Brandenburg scheinen auf den Herrgott droben im Himmel, den sie in ihrem Kampf gegen die Berliner Milchhändler als Bundesgenossen in Anspruch genommen hatten, doch nicht so fest zu vertrauen, wie sie sich bisher den Anschein gaben. Sie halten es für besser, sich lieber auch hier unten auf Erden nach einem Bundesgenossen umzusehen. In der richtigen Erkenntnis, daß es entschieden von Vorteil für sie wäre und zum Gelingen des von ihnen geplanten Vorgehens beitragen müßte, wenn sie die bereits unruhig werdenden Milchkonsumenten auf ihre Seite bringen könnten, versuchen sie jetzt, sich an die Hausfrauen Berlins heranzumachen.

Es ist der Landtags-Abgeordnete Ring-Düppel, der Führer der märkischen „Milchbauern“ und Vorsitzende der famosen Milchzentrale für Berlin, der die schwierige Aufgabe übernommen hat, die Berliner Hausfrauen zu beschwichtigen und sie womöglich davon zu überzeugen, daß die Konsumenten von den Plänen der agrarischen Milchverteuerer keinen Schaden zu befürchten haben. Er hat an die Zeitungen ein Schreiben verfaßt, in dem er den Nachweis zu führen sich abmüht, daß die eigentlichen Milchverteuerer die Milchhändler sind. Wegen der großen Länge dieses Schreibens müssen wir es aus leider versagen, das Opus hier im Wortlaut mitzuteilen. Es gipfelt in der verblüffenden Behauptung, daß die märkischen Landwirte an der Milch bisher nicht nur nichts verdient, sondern sogar noch 2 1/2 Pfennige pro Liter zugesezt haben. Die Milchproduzenten (diese Uneigen-nütigen!) hätten keineswegs die Absicht, sich durch den höheren Preis, den sie den Händlern berechnen wollen, zu bereichern; nur die Unkosten sollen gedeckt werden. Die Milchhändler, sagt Herr Ring, verdienen heute zu viel an der Milch — so viel, daß sie eine Erhöhung des an die Produzenten zu zahlenden Preises sehr wohl vertragen können, ohne den Hausfrauen gleichfalls einen höheren Preis abfordern zu müssen. Auch die von den märkischen Landwirten gegründete Milchzentrale, die vom 1. Oktober ab den Milchhändler selber in die Hand nehmen will, falls sich die Berliner Milchhändler weigern, durch ihre Vermittlung Milch zu beziehen, wird nach Herrn Rings Versicherung den Konsumenten keine Verteuerung der Milch bringen. Diese Versicherungen stehen indes in einem merkwürdigen Gegensatz zu dem, was derselbe Herr Ring erst vor wenigen Wochen in einem „vertraulichen“ Schreiben, das wir veröffentlicht haben, den Milchproduzenten in Aussicht gestellt hat. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein Sieg in dem gegenwärtigen Berliner Milchkrieg nur der Anfang zu einer umfassenderen Aktion wäre, deren Endergebnis den Milchproduzenten die Taschen füllen würde. Aber man begreift es, daß der Häuptling der agrarischen Milchverteuerer für seinen Appell an die milchverbrauchende Bevölkerung eine andere Tonart wählen mußte.

Da die Milchverteuerer wohl selber fürchten, daß die so trennherzig klingende Versicherung, es werde keine Verteuerung der Produzenten beabsichtigt und sei keine Schädigung der Konsumenten zu erwarten, auf die Berliner Hausfrauen am Ende doch nicht ganz den gewünschten Eindruck machen wird, so sagt Herr Ring noch hinzu, die Milchzentrale werde auch dazu beitragen, daß den Konsumenten eine hygienisch einwandfreie Milch geliefert werde. In der That kann eine Centralisierung des Milchhandels diesen Erfolg haben, und wir wären die ersten, ihn mit Freude zu begrüßen. Wie können aber auf die vorgebliche Absicht der in der Milchzentrale vereinigten märkischen Milchproduzenten, den Milchhandel den Forderungen der Hygiene entsprechend umzugestalten, leider keine besonderen Hoffnungen setzen. Haben die Milchproduzenten erst einmal in ihrem Kampf gegen die Händler den Sieg davongetragen, dann werden sie sich — dessen sind wir überzeugt — daran genügen lassen, das „Preisbestimmungsrecht“ an sich gebracht zu haben. Sie werden dann den Preis so bestimmen, daß nicht nur den Händlern, sondern auch sehr bald den Hausfrauen — besonders den Müttern, die einen Säugling aufzupflegen haben — die Augen übergehen sollen. Von den Forderungen der Hygiene aber wird es im Lager der Milchverteuerer wieder still sein wie zuvor.

**Freisinniges Wehklagen.** Zur Bürgermeisterfrage bringt die „Voss. Zig.“ einen sehr sentimentalen Leitartikel, worin Herr Kaufmanns Qualifikation nicht etwa zum Stadtoberhaupt, sondern zum Offizier des langen und breiten dargelegt wird. Das freisinnige Blatt erinnert daran, daß der „rote Veder“ Revolutionär gewesen sei und auf Festung gefesselt habe und doch nicht allein Oberbürgermeister von Köln, sondern auch Mitglied des Reichstages geworden sei. Sodann meint die „Voss. Zig.“:

Kaufmann ist nicht mit großer Mehrheit gewählt worden. Mit erdrückender Mehrheit wird er wiedergewählt werden. Jetzt handelt es sich nicht um eine Person, sondern um die Wahrung der Selbstverwaltung. Die Wiederwahl kann auch keine leere Demonstration sein; sie hat den einzigen vernünftigen Sinn der lokalen Verfassung von dem unzureichend unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Könige. Die Stadtverordneten haben die Aufgabe, dem Staatsministerium die Möglichkeit zur Verichtigung etwaiger Irrtümer zu geben, die sich in das militärische Gutachten eingeschlichen haben können. Bei dem Staatsministerium wird es auch sein, zu prüfen, inwieweit bei einer Berliner Bürgermeisterwahl staatliche oder militärische Rücksichten den Ausschlag zu geben haben. So selbstverständlich aber die Wiederwahl Kaufmanns ist, so selbstverständlich müssen die Stadtverordneten seine Annahme der Wahl erwarten, da die Vertretung der ersten und größten deutschen Gemeinde sich nicht dem Verdacht aussetzen darf, eine billige und zweideutige Komödie aufzuführen.

Das ist in Verbindung mit der Erinnerung an den „roten Veder“ sehr hübsch gesagt. Es fehlt nur noch eine im Namen der liberalen Fraktionen abgegebene Erklärung, wonach man von Herrn Kaufmann bestimmt erwarte, er werde sich binnen kurzem ebenso zur reaktionalliberalen Unversänglichkeit und zur Anwartschaft auf hohe Orden durchmanieren, wie es ehemals der Exkommunist Veder getan. Sehr wirkungsvoll hätte sich heute auch noch ein eindringlicher Hinweis darauf gemacht, daß es doch „Wilhelm der Große“ gewesen, der Veder befähigt habe, daß ein Mann wie Fritz Culenburg sich für ihn verwandt und Bismarck selbst mit den Worten „Gratulor, mi consul“ ihm die Freundschaft verkündet habe. Und wenn solchen Glüdes ein ehemaliger Anhänger von Marx für würdig befunden, um wie viel mehr Garantien müsse ein schlachter Freisinnsmann bieten. Vielleicht folgen Ausführungen dieser Art noch in einem zweiten Artikel.

**Die Stadtverordneten-Versammlung** hatte den Magistrat ersucht, dafür zu sorgen, daß in den Krankenhäusern je ein entsprechend großer Wartesaal für die Krankenbesucher bereit gestellt werde. In Ubereinstimmung mit der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege ersucht der Magistrat für die Krankenhäuser im Friedrichshain und am Urban die Schaffung von besonderen Wartezimmern, da genügende Vorhallen und große Korridore vorhanden sind, für die Krankenbesucher nicht für erforderlich, weil ausreichende Gelegenheit zum Aufenthalt bei schlechtem Wetter für das Publikum vorhanden ist. Dagegen soll beim Umbau des Verwaltungsgebäudes im Krankenhaus Moabit die Beschaffung von solchen Wartezimmern vorgesehen werden. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, ihren Beschluß als erledigt anzusehen und von der Vorlage des Magistrats Kenntnis zu nehmen.

**Die wortbrüchige Große.** Versammlungen von Straßenbahn-Angestellten finden jetzt allabendlich bezirksweise statt. Die beiden ersten Versammlungen sind vorgestern resp. gestern in Schöneberg und in Berlin, Schwedterstraße, abgehalten worden. Dieselben waren außerordentlich stark besucht und fast die gesamten dienstfreien Beamten der betreffenden Bezirke beteiligten sich an den Sitzungen. Die behandelten und auch bei der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu stellenden Punkte lauten: „Die Lage der Straßenbahn-Angestellten nach dem Streik“ und „Wie stellen wir uns zu der Vertrauensmännerwahl und zur Beschwerdeforschung, welche im September stattfindet.“ In den beiden bereits abgehaltenen Versammlungen, in denen sich eine starke Erregung der Straßenbahner bemerkbar machte, wurde lebhaft darüber geredet, daß die von der Direktion im vorigen Jahre bei den Streikverhandlungen gemachten Versprechungen nicht gehalten oder in einer Weise ausgelegt wurden, die mit den getroffenen Vereinbarungen in direktem Widerspruch ständen. Weder wird die elf- und neunmündige Dienstzeit für Schaffner und Fahrer eingehalten, noch werden die festgesetzten Urlaubsfristen bewilligt und ebensowenig ist der Dienst für Einjahrsfahrer in der verabredeten Weise geregelt worden. Regenmäntel sind nur an einzelne Fahrer verstreutweise geliefert, während man von einer weiteren Anschaffung jetzt nichts mehr hört. Bei den Wahlen für die Vertrauensmänner der Beschwerdeforschung hat die Direktion bisher eine größere Einwirkung ausgeübt, welche die Bedeutung der Kommission abgeschwächt, ja sie fast verlosch gemacht hat. Es wurde als dringend notwendig erachtet und von der Versammlung auch anerkannt und beschlossen, für die im nächsten Monat stattfindenden Vertrauensmänner-Wahlen nur solche Schaffner und Fahrer in die Kommission zu delegieren, welche in entschiedener Weise die Interessen der Angestellten wahren und alle Mängel, unter denen das Betriebspersonal zu leiden hat, rücksichtslos aufdecken. — Die neuerliche Bewegung der Straßenbahn-Angestellten wird geleitet von dem ehemaligen Schaffner Rathmann, der bei dem Streik im vergangenen Jahre eine führende Rolle inne hatte und trotz der gegebenen Versicherung, daß Nachregelungen nicht stattfinden, bald nach Beendigung des Ausstandes an wichtigen Stellen entlassen wurde.

**In den Ruhr-Erkrankungen bei den Garde-Regimentern** ist bisher ein gänzlicher Stillstand noch nicht eingetreten, weingleich Neuerkrankungen nur noch vereinzelt vorkommen. Neuerdings müßte der zum hiesigen Bekleidungsamt abkommandierte Zahlmeister Aspirant Weiler vom 1. Garde-Regiment z. B. nach dem Garnison-Lazarett gebracht werden. Die Erkrankung ist jedoch nur leichter Natur. Die übrigen in den Lazarett befindlichen Soldaten sind fast sämtlich außer Gefahr, und einige dürften bereits in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen.

Inzwischen ist die für den 2. September angelegt gewesene Herbstparade abgesetzt worden. Ob das in Rücksicht auf die Krankheitsfälle geschehen, sieht dahin.

**Gegen den Milchring** hat die Berliner Bäder-Junging „Konordia“ Stellung genommen. Der Jungingvorstand beschloß, sich dem Vorgehen der Milchhändler anzuschließen, öffentliche Versammlungen aller Milchkonsumenten abzuhalten und das Publikum über die Verteuerungen des Milchringes und die drohende Milchverteuerung aufzuklären. Gegebenenfalls wollen sich sämtliche Berliner Bäderbesitzer verpflichten, 14 Tage lang das Gebäud — ohne Milch herzustellen!

**Ueber den Plan einer elektrischen Schnellbahn Berlin-Hamburg,** von dem in den letzten Tagen die Rede war, erfahren wir das Folgende. Der Entwurf rührt von einem Berliner Ingenieur mit Namen Pegenbürger her. Die Fahrgewindigkeit ist in dem Projekte so bemessen, daß die Strecke Berlin-Hamburg in 2 1/2 Stunden zurückgelegt würde. Für jede Haltestelle ist ein Aufenthalt von 1/2 Minute in Aussicht genommen. Auch Güterzüge sieht der Plan vor, die ebenfalls elektrisch betrieben werden sollen. Die Stromzuführung soll oberirdisch erfolgen und zwar in Form von Dreistrom. Die Leitung soll mitten zwischen den beiden Geleisen aufgestellt werden. Das Anlagekapital berechnet Herr Pegenbürger auf nur rund 10 Millionen Mark, die Betriebskosten auf 1 000 000 Mark im Jahr. Die Kostenberechnung will Herr Pegenbürger bis ins einzelne in einer Broschüre nachweisen, die in diesen Tagen bei Grabow in Hamburg erscheinen soll.

**Die goldenen Fünfmarkstücke.** Nach den vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen gelten, wie bereits früher berichtet, die goldenen Fünfmarkstücke vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Mit dem Ablauf des nächsten Monats, also am 30. September, erlischt auch die Frist, bis zu welcher die mit der Einföhrung der Münzen beauftragten Reichs- und Landesbanken die Fünfmarkstücke in Zahlung bzw. zur Umwechslung annehmen. Auf durchlöcherige oder anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte Münzstücke findet die Verpfändung der Kassen zur Annahme und zum Umtausch keine Anwendung.

**Zu dem Bericht über den Selbstmord des Gefreiten Lehmann,** den wir am 14. August brachten, wird uns unter Vorsetzung von Beweisstücken, die jeden Zweifel ausschließen, die Mitteilung gemacht, daß Lehmanns Ehrenhaftigkeit durchaus unangetastet dastand und das Gericht von einer Untererschlagung, die er begangen haben sollte, jeden Grundes entbehrt. Es ist selbstverständlich, daß wir unter diesen Umständen die erste Reportermeldung richtig stellen.

**Durch fünf Revolvergeschosse** versuchte sich gestern morgen der Barbier Richard Weidner aus der Dragonerstr. 25 zu töten. Da seine Frau als Fleischurin mitarbeitete und die beiden ältesten Kinder bereits in Geschäften tätig sind, so hätten die Leute recht gut leben können, wenn Weidner nicht dem Trunke ergeben gewesen wäre. Aus diesem Grunde wollte sich im Juni d. J. seine Frau von ihm scheiden lassen. Als der Mann erfuhr, daß sie bereits einen Rechtsanwält aufgesucht hatte, um die Scheidung einzuweisen, nahm er vor den Augen seiner Kinder, wie seiner Zeit berichtet, Gift. Nach vierzehn Tagen konnte er geheilt aus dem St. Hedwigs-Krankenhaus entlassen werden. Nach diesem Zwischenfall gab Frau Weidner ihre Scheidungsgedanken zunächst auf. Aber ihre Hoffnung, daß ihr Mann nun dem Alkohol entzogen werde, erwies sich als trügerisch. Weidner trank nach wie vor und vernachlässigte sein Geschäft. Dieses ging dann auch mehr und mehr zurück. Schon seit drei Monaten hatte der Mann keine Miete mehr bezahlt. Auf gestern vormittag 9 Uhr war Verhandlung in der Räumungsklage angesetzt. Als nun seine Frau die Wohnung schon verlassen hatte, um Kinderschuhe zu bedienen, und die drei Kinder noch schliefen, schlich sich Weidner um 6 Uhr mit einem neuen sechs-mal geladenen Revolver in den Klosterraum und feuerte fünf Schüsse auf sich ab, von denen drei trafen. Eine Angel drang in die rechte Schläfe ein und verletzte den Lebensnerven so schwer, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Schwerverwundete wurde in fast hoffnungslos Zustand einem Krankenhaus zugeführt.

**Der große Preis von Deutschland** hat eine gewaltige Zahl Fahrer angezogen, von denen die Mehrzahl bereits ihr Training auf der Kurpfaffen-damm-Bahn aufgenommen haben. Der Erste unter ihnen war Krenn, der schon seit Dienstag dort erster Arbeit obliegt. Auch die auswärtsigen Fahrer sind zum großen Teil bereits eingetroffen und der Rest wird für heute erwartet.

**Straßensperrungen.** Die Straßburgerstraße von der Lothringers- bis zur Saubrückerstraße wird wegen Umpflasterung vom 2. l. Mis. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt; gleichfalls wird die Colmarerstraße von der Velforters- bis zur Dresdenerstraße wegen Umpflasterung vom 9. l. Mis. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

### Aus den Nachbarorten.

**Raubanfall.** In der Hermannstraße zu Mixdorf wurden abends gegen 9 Uhr drei junge Mädchen von zwei jungen Burken in frecher Weise belästigt und tödlich beleidigt. Plötzlich entfiel einer der Missetäter einem der Mädchen ihr nebst Seite, worauf beide Burken die Flucht ergriffen. Als Täter wurden ermittelt und verhaftet der Arbeiter Friedrich Krause und der Schmied Ernst Herrn, welche beide Gasowstr. 67 in Schlafstelle wohnen. Herrn soll die Uhr geraubt haben, bestreitet dies jedoch.

**Eine dunkle Geschichte** aus Waidmannslust bei Berlin, an die sich eine Linnenge von Beunruhigungen geknüpft haben, berichtet der „Gastwirtsgeselle“. Der Fall wird in folgender Weise dargestellt: Albert Engel, Säbenerstraße 25 wohnend, Vater von vier Kindern im Alter von sieben Jahren bis zu zehn Monaten, arbeitete am 24. Juli im Kurhaus Waidmannslust als Lohnkellner. Am Abend habe er beim „Kassmachen“ mit dem Wirt Ralle Streit bekommen. Ralle soll es als ungebührlich bezeichnet haben, daß sich Engel zum Abrechnen setzte. Gäste waren nicht mehr im Lokal und Engel habe deshalb geantwortet, daß er schon wisse, was sich gehöre. Nun habe sich der Besitzer des Lokals, Brauereibesitzer Joachim, mit dem der Wirt zusammensah, hineingemischt, es sei ein heftiger Wortwechsel und schließlich Hauerer entstanden, bei der Engel mißhandelt worden sei. Wie hierher die Sache ziemlich klar. Der Kollege Engels, der Kellner Köhler, stellt sie so dar, Ralle und Joachim befähigen, daß es zu Handgreiflichkeiten gekommen sei. Nun aber wird die Sache sehr dunkel. Engel ist seit jenem Abend verschwunden, und bis heute hat man keine Spur entdeckt. Ueber den Verbleib Engels kursieren die ungeheuerlichsten Gerüchte. — Hoffentlich gelingt es der Kriminal-polizei, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Von Interesse wäre auch die Aussage eines gest. Kaul, die zur Zeit des Vorfalles in dem Kurhause als Sommer-gast weilte und jetzt nicht aufzufinden ist.

**Ein rätselhafter Leichensind** wurde Dienstagmorgens in der Oberförsterei Köpenick, zwischen der Kolonie Pichtenu und Klein-Schönebeck, gemacht. Dort fand man die Leiche eines unbekanntes Mannes, der sich mit seinem Taschentuch an einer Pflanze erkängt hatte. Der Tote, der etwa 45 Jahre alt sein mag, trug ziemlich gute Kleidung und machte den Eindruck eines Arbeiters. In seinen Kleidertaschen fanden sich 3000 Rubel in Banknoten, 140 Mark in deutschen Münzen und ein Taschentuch, ein Zeichen, daß der Selbstmörder wohl Katholik war. Ein Ausweis über die Persönlichkeit des Toten war nicht vorhanden. Die Leiche wurde nach Klein-Schönebeck gebracht.

## Gerichts-Beilage.

**Ein Fall des unlauteren Wettbewerbes,** der in der Konfektionsbranche aufsehen erregt hat, beschäftigte gestern die erste Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, Handlungsgehilfe Georg Greene, der englischer Unterthan ist, wurde beschuldigt, als Angestellter eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, deren Kenntnis er durch eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung erlangt habe, an andre zu Zwecken des Wettbewerbes mitgeteilt zu haben. Als Nebenklägerin trat die Aktiengesellschaft Kay Segall, Strumpfweberei, auf. Der Angeklagte war sieben Jahre als Expedient bei der Nebenklägerin angestellt gewesen und hatte sich als außerordentlich tüchtig erwiesen. Am 1. Januar d. J. trat er aus und ging zu der Konkurrenzfirma Viedes u. Japp, Fabrik mechanisch gestrickter und gewebter Strümpfe, Engros und Export, über. Es wird behauptet, daß er, von langer Hand vorbereitend, verschiedene Dinge, die Geheimnisse der Aktiengesellschaft darstellten, bei der neuen Firma vertrieben habe. Ein Angestellter des Geschäfts beobachtete eines Tages, daß der Angeklagte vor seinem Abgange ein Paket Strümpfen sich zusammenband, es gelang ihm, durch einen Griff in das Paket eins der Papiere herauszunehmen und es zeigte sich, daß dasselbe eine Reihe von Kalkulationen über die Sachen enthielt, die die Firma Segall fabrizierte. Nach dem Eintritt des Angeklagten bei der neuen Firma nahmen die Direktoren der Aktiengesellschaft Segall beim Verlehr mit ihren Kunden Dinge wahr, die darauf hindeuteten, daß nicht nur verkauft wurde, die Kunden von der Firma Segall abzuwerben zu machen, sondern daß ihnen auch Geschäftsgeheimnisse derselben verraten wurden. Der Angeklagte Greene wurde infolge dessen ins Gebet genommen, er bestritt aber, außer jenen Kalkulationen, die er sich schon vor längerer Zeit im Geschäftsinteresse angefertigt haben wollte, irgend welche verdächtige Skripturen hinter sich zu haben. Man begünstigte sich jedoch nicht damit, es wurden vielmehr eines Tages durch einen Gerichtsvollzieher eine ganze Reihe von solchen verdächtigen Papieren mit Beschlag belegt, darunter eine genaue Kundenliste der Firma Segall, verbunden mit einer Angabe der gezahlten Preise und der Qualität der gelieferten Waren, ein Buch mit einer Kalkulation der sämtlichen Fabrikate, genaue Auszüge aus Büchern, zu deren Fertigstellung Wochen gehörten, Auszüge aus Büchern, die ihm in legaler Weise nicht zugänglich waren etc. Der Angeklagte wurde auf Grund dieser Thatlagen vorübergehend in Untersuchungshaft genommen und die Anklage gegen ihn erhoben. Ursprünglich war auch gegen die Herren Viedes und Japp eine Unterklage eingeleitet worden, die aber eingestellt wurde, da gegen sie keinerlei belastende Momente zu Tage traten. — Der Angeklagte bestritt entschieden, diese Listen und Berechnungen zu unlauteren Zwecken benutzt zu haben. Er behauptete, daß er die Listen im Segallischen Geschäfts für die Expedition gebraucht habe und es sich im übrigen um Berechnungen und Kalkulationen handelte, die er nach dem Ausschleiden aus dem Geschäft, nicht nach Willkür, sondern aus dem Kopf angestellt habe. Von den Nebenklägern wurde dies für ganz unmöglich erklärt. Die umfangreiche Beweis-aufnahme ergab, daß sich beide Firmen in einem heftigen Konkurrenzkampf befinden, gleichzeitig ergab sich aber auch die Schwierigkeit, festzustellen, inwieweit sich der Angeklagte während der Anstellung bei Segall — und nur diese Zeit kommt bei § 9 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb in Betracht — sich strafbar gemacht habe. — Der Staatsanwalt hielt für erwiesen, daß der Angeklagte sich Kundenlisten heimlich angefertigt habe, um sie später zu verwerthen, nicht aber für erwiesen, daß es zu einer Verwertung gekommen sei. Er beantragte aus diesem Grunde die Freisprechung und der Verteidiger schloß sich diesem Antrage an. Der Vertreter der Nebenkläger hielt eine unbefugte Verwertung von Geschäftsgeheimnissen für dargezogen und beantragte die Verurteilung des Angeklagten und die Anferlegung einer Buße, die gesetzlich ja nicht über 10 000 Mark hinausgehen dürfte, obwohl ein zehnmal höherer Schaden nachweisbar sei. Der Gerichtshof sah als erwiesen an, daß der Angeklagte auf seinen Geschäftsreisen in Holland und England die Segall'sche Kundenliste verwerthet habe und verurteilte ihn zu 300 R. Geldstrafe, die durch die wohl nicht genügend gerechtfertigte Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Auf Buße wurde nicht erkannt, weil dem Gerichtshof jede tatsächliche Unterlage zur Schätzung des Schadens fehlte.

**In betref der Flaschenverhältnisse** bei den Mineralwasser-Fabrikanten hatten sich nach und nach Mißstände herausgebildet, wodurch sich im Anfang dieses Jahres eine Anzahl Fabrikanten zur Bildung eines Ringes veranlaßt sahen. Wie es auch beim Weinhandel der Fall ist, wird vom Publikum kein Unterschied in betref der Herkunft der Flaschen gemacht, wenn leere bei Lieferung von gefüllten zurückgegeben werden. So kommt es, daß die Lieferanten nach und nach in den Besitz von allen möglichen Flaschen gelangen, welche die verschiedensten Firmeninschriften sowohl im Glase selbst wie auf dem dem Verfüßlich bildenden Porzellanstopfen tragen. Wird eine Flasche beim Reinigen oder Füllen zertrümmert, so wird häufig der firmierte Verfüßlich auf eine andre fremde Flasche



besetzt und dadurch kommt es vor, daß der Fabrikant seine Ware in einer Flasche liefert, die den Namen einer zweiten Firma im Glase und den einer dritten Firma auf dem Verschluss führt. Der vorerwähnte, aus 14 Fabrikanten bestehende Ring hatte im Februar d. J. an sämtliche Verursacher ein Rundschreiben gerichtet, worin angeführt wurde, daß jeder Fall, in dem Selterswasser in mit fremder Firma versehenen Flaschen verkauft werde, als ein Vergehen gegen das Markenrecht angesehen werden würde. Am 10. Mai wurde der Geschäftsmann des Mineralwasser-Fabrikanten W. Frank in der Straße von einem Klingmitgliede angehalten und die Ladung untersucht. Es stellte sich heraus, daß weniger als die Hälfte der Flaschen die Frank'sche Firma trugen, die größere Hälfte dagegen von allen anderen Firmen stammte. Gegen Frank wurde Anzeige erstattet und gefordert vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt. Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß es allgemein üblich und fast nicht zu umgehen sei, Flaschen von fremden Firmen als Ersatz für andere anzunehmen; das Publikum werde auch nicht getäuscht, denn es wisse, daß der Inhalt der Flaschen von dem Lieferanten stamme. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß das Vergehen der Angeklagten sich als ein Vergehen gegen das Markenrecht anzusehen ließe, belieh es aber bei der zulässig niedrigsten Strafe von 150 Mark.

**Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin.**  
Heute 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Pöhlmann, 10. Tagelagerung: 1. Otto Bangs, Alkoholismus und Koffeinabus; Referent Genosse Richter; 2. Vereinsmitteilungen und Beschiedenes. - Gäste sehr willkommen.  
"Es werde Licht!" Verein zur Unterhaltung und Beförderung. Heute (Donnerstag), 9 Uhr abends bei Fischer, Waldstr. 8: Versammlung. Tagesordnung: 1. Uebung, 2. Diskussion über "die Alkoholfrage", 3. Beschiedenes. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

### Vermishtes.

**Der zu Königsberg im Alter von 71 Jahren verstorbene Geh. Kommerzienrat Beder,** der ehemalige Besitzer des jetzt säkularisierten Palmirer-Besitzes, hat ein Vermögen von etwa 15 Millionen Mark hinterlassen. Er war am 1. Mai 1880 zu Danzig als Sohn armer jüdischer Eltern geboren. In lebhafter Erinnerung ist noch der bekannte Prozeß, in dem der Kommerzienrat gerade seine bedeutendste Rolle spielte.

**Der Förster Emil Biermann** aus Pöhlmann wurde im Walde bei Tarnowitz erschossen aufgefunden. Der Mörder ist bereits verhaftet. Es handelt sich um einen Rache-Mord. Der Bruder des Mörders war von dem Ermordeten wegen Strafenraubs angezigt und daraufhin bestrast worden.

**Eine Springschlut** hat an der Westküste der Insel Sylt erhebliche Verwüstungen angerichtet. Die Kraft der Wellen wurde durch den heftigen Südwestwind verstärkt. Im Bad Besterland entstand großer Materialschaden. Etwa hundert Strandkörbe wurden davon getrieben; ein großer Teil der am Strand entlang führenden Sandbänke ist weggerissen. Die neue Südbahn ist an mehreren Stellen unterwaschen, so daß der Betrieb für mehrere Tage eingestellt werden muß.

### Witterungsüberblick vom 28. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- verhältnisse	Wetter	Temperat. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- verhältnisse	Wetter	Temperat. in C.
Emmende	755	SB	5 wolkig	12	12	Haparanda	754	D	2 bedeckt	13	13
Hamburg	752	SB	3 bedeckt	11	11	Petersburg	755	SD	2 bedeckt	13	13
Berlin	750	SB	4 heiter	12	12	Kort	754	SB	3 heiter	13	13
Kranich	754	SB	6 heiter	12	12	Aberdeen	-	-	-	-	-
München	761	SB	3 wolkig	13	13	Paris	750	SB	3 bedeckt	13	13
Wien	762	SB	2 wolkig	14	14						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. August 1901.**  
Kühl und zunächst meist trübe mit etwas Regen und ziemlich heftigen westlichen Winden; später Abnahme der Bewölkung.  
Berliner Wetterbureau.

### Marktpreise von Berlin am 27. August 1901

Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen, gut	15,00	Artischocken, neue, D-Gr.	8,50
mittel	14,20	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,70
gering	13,50	do. Bauch	1,30
† Roggen, gut	13,00	Schweinefleisch	1,60
mittel	12,50	Rohfleisch	1,00
gering	12,00	Hammelfleisch	1,60
* Gerste, gut	15,00	Butter	2,80
mittel	14,20	Eier	60 Stück 4,-
gering	13,50	Kartoffeln	2,40
* Hafer, gut	16,20	Kale	2,80
mittel	15,30	Rohr	2,80
gering	14,50	Heide	2,40
Rübspross	7,16	Porree	1,80
Heu	8,-	Schwiele	2,40
Größen	40,-	Wiesle	1,40
Speisebohnen	45,-	Riesle	per Scheit 18,-
Linse	65,-		2,50

\*) Ab Bahn. \*) Frei Wagen und ab Bahn.  
**Probenmarkt vom 28. August.** Der Getreidemarkt zeigte heute ein freundlicheres Gepräge. Ausgehend von dem durchweg besseren Auslands- und heimischen Weizen, die umfangreiche Deckung veranlassen, und regerer Nachfrage bei den hiesigen Mühlen; namentlich Roggenmehl wurde verhältnismäßig leicht gehandelt, aber auch in Weizenmehl kamen einige Umsätze zu Stande. Im Viehmarkt wurden Weizen und auch Roggen bis 7/8 M. besser bezahlt. Das effiziente Angebot war vom Inlande nicht bedeutend. Von ausländischem Produkt war besonders amerikanischer Weizen offeriert; es wurden in diesem Artikel einige Abschlässe perfekt. Hafer blieb fest; die Konsumenten bedürfen ihren Bedarf vornehmlich direkt bei den Bauern, um die hohen Lagerpreise zu vermeiden, und die am hiesigen Markt reichlich angebotene Ware findet keine Unterstufen. Mais behauptete seine gestrigen Preise, Rübsöl gab weiter nach.  
**Spiritus** blieb ohne Notiz.

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 28. August 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 401 Rinder, 2297 Kalber, 3320 Schafe, 9581 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund oder 0,5 Kilogramm): a) vollfleischige, ausgewaschene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 40-50. - Ferkeln und

Lämmer: a) vollfleischige, ausgewaschene Ferkeln höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgewaschene Lämmer höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewaschene Lämmer und wenig gut entworfene jüngere Lämmer und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Lämmer und Ferkeln 45-52; e) gering genährte Lämmer und Ferkeln 40-48. - Käber: a) fleischige Mastlämmer (Vollfleisch) und beste Sauglämmer 68-70; b) mittlere Mastlämmer und gute Sauglämmer 58-60; c) geringe Sauglämmer 58-60; d) ältere, gering genährte (Käber) 38-42. - Schafe: a) Mastlammern und jüngere Mastlammern 65-68; b) ältere Mastlammern 60-64; c) mäßig genährte Mastlammern und Schafe (Merzschafe) 58-65; d) vollfleischige, der fettesten Schafe (Vollgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige, der fettesten Mastschweine und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-230 Pfund schwer; b) schwere, 200 Pfund und darüber (Käber) 00-00; c) fleischige 00-61; d) gering entworfene 57-59; e) Sauen 57-58. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verkauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben etwa 120 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich langsam, es wird kaum geräumt. Bei den Schafen fand ungefähr ein Drittel des Auftriebs Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
- Nr. 876. Besten Dank. Wir werden eine derartige Aufrechnung demnächst veröffentlichen.

3. 11. Die Privatpost ist am 1. Juni 1897 in den Besitz der Kaiserlichen Postverwaltung übergegangen.

2. Elisabethstr. Beziehen Sie die Angelegenheit in Ihrer Gewerkschaft zur Sprache.

Mag Müste. Zu dem Abzug vom Lohn ist der Verwalter nicht berechtigt. Klagen Sie Ihren vollen Lohn beim Amtsgericht ein. - 2. Westende 12. 1. Das ist sehr leicht möglich. 2. Die Gewährungsberechtigung für ein am 12. März geborenes Kind ist für ein Schutjahr die Zeit vom 15. Mai bis 12. September, für ein gemehres Jahr die Zeit vom 14. Mai bis 12. September. - 3. 20.000. Reim. - G. B. 1. und 2. Ja.

3. 2. Die erste Mitteilung über den Ausbruch der Cholera in Hamburg wurde am 22. August 1892 veröffentlicht. Es waren aber schon ein paar Tage vorher einige Fälle mit tödlichem Ausgange vorgekommen. In Altona wurde der erste Fall von asiatischer Cholera bereits am 19. August konstatiert.

3. 100. Im allgemeinen genügt es, bei Goldfischen alle acht Tage frisches Wasser zu geben; doch muß das Wasser stets rein und klar sein. Auch ist darauf zu achten, daß das frische Wasser keine wesentlichen andere Temperatur hat, als das alte. Am besten gedeihen die Goldfische in einem Aquarium, in dem die sogenannte Wasserpest wuchert. Man füttert sie am besten mit den sogenannten Ameiseneiern, von denen man ihnen nicht mehr reicht, als sie sofort verzehren.

3. 6. Wir ist in Järens Halle falsch, nicht richtig. - 3. 10. Sie sind im Irrtum. Die Schulpflicht ist für die verschiedenen Provinzen verschiedenartig geregelt. Ihr Sohn kann nur mit Erlaubnis des Ministers und falls dieser sich weigert, der Schuldeputation, vor Beginn des Semesters entlassen werden. Stellen Sie einen dahin abzielenden Antrag. - 3. 11. Gierke. Wenn es sich um einen Vertrag zum Gewerbebetrieb handelt, mit Ausgange des Jahres 1904, (auch mit Ausgange 1900. - 2. 9. Reim. - G. B. 10. Hingehört. - 3. 20. Darüber gibt es keine näheren Bestimmungen; insbesondere kann in der Nacht ist verboten, auch wenn es von einem Verein verhängt wird. - 3. 7. 1. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts sind Sie nicht wahlberechtigt. 2. Reim. 3. Das ist möglich. - 3. 1. Reim; die Unvollständigkeit ist unpassend. 2. Die einbehaltenen Sachen werden keineswegs durch Zeitablauf Ihre Eigentum. Sie könnten lediglich Ihre Forderung einbringen und auf Grund des Urteils dann die Sachen pflanzen. 3. Eine Beleidigungsklage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. - 3. Reim.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 29. August.  
**Opernhaus.** Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** Der Compagnon. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.  
**Am Trännen-Theater.** Lebende Leber. Anfang 8 Uhr.  
**Im Garten:** Täglich großes Konzert.  
**Schiller.** Geschlossen.  
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Geschlossen.  
**Zelting.** Geschlossen.  
**Residenz.** Geschlossen.  
**Neues.** Geschlossen.  
**Westen.** Theater "Charivari" (Secessions-Theater). Anfang 8 Uhr.  
**Secessions-Theater.** Dantes Theater: Neberrüst. Anf. 8 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Geschlossen.  
**Carl Weib.** Tafelo. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches.** Der Gigantebaron. Anfang 8 Uhr.  
**Belle Alliance.** Der Bettler. Anfang 8 Uhr.  
**Im Garten:** Großes Gartenkonzert und "Aufsicht's Brett". Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Duna. Anfang 8 Uhr.  
**Vallée.** Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Vollge.** Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubensstr. 48/49. (Im Theaterhaus). Abends 8 Uhr: In kleinen Preisen: "Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg, zweiter Teil."  
**Jubalidenstr. 57/62.** Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

### Urania

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
"Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg". Teil II. Kleins Proise.  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
Nur noch kurze Zeit!  
Die Anbahnung d. hochselig. Kaiserin Friedrich i. d. Kirche zu Cronberg.  
Der künstliche Mensch, d. Mirakel d. 20. Jahrhunderts.

### Zoologischer Garten

Entree 1 Mark.  
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte.  
Heute:  
**Grosses Doppel-Konzert.**  
Anfang 5 Uhr nachmittags.  
**Carl Weiss-Theater**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Sommer-Opf.  
Nur noch drei Opern-Aufführungen.  
**Die Afrikanerin.**  
Oper in 3 Akten von Scribe. Musik von Meyerbeer.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Die Zauberflöte.  
Im Garten: Damen-Ringspiele. Betty Sears, weiblicher Held. Theater, Konzert. 5 1/2 Uhr.  
Sonntag, 1. September. Gr. Revue! Diebensträßen von Carl Weib.  
Sam 1. Male: Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner Mungen.**  
Gr. Gesangsposse in 7 Akten von G. Albert. Musik von H. Leonard. Sämtliche Kostüme u. Dekorationen neu! - Vollständig neues Personal! Verhärtetes Orchester.  
Konkitor Th. Böhm u. Th. Tordowall. Frize Wolfram. Carl Weib. Vorverkauf an der Kasse v. 11-1 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Donnerstag, Freitag bleibt das Theater geschlossen.  
Sonntag abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Schauspiel-Saison.  
Zum erstenmal:  
**Die Kronpräsidenten.**  
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Henri Hefen.  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Die Kronpräsidenten.**  
Heute Anfang 8 Uhr mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen und Requisiten bei ermäßigten Preisen zum 732. Mal:  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Geisha.**

### Puhmanns

**Vaudeville-Theater**  
Schönhäuser-Allee 148.  
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur Kräfte ersten Ranges.  
Großer Vortritt!  
Wir brauchen keine Männer mehr.  
Große Ausstattung in 2 Akten von G. G. G.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
F. Lehmann, Direktor.

### Max Klems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Mühlitz. (1649)  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochlegante Regelbahnen, Würfelbuden, Konkortiere, Blumenstand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

### Metropol-Theater.

Schön war's doch!  
Grosso Berliner Anstaltungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benutzung von "O, diese Berliner" von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Emil Thomas als Gast.  
Joseph Josephy a. D.  
H. Bender. G. Kaiser.  
Else de Veré a. D.  
Frid Frid. F. Georgette.

### Apollo-Theater

Robert Steidl  
als  
**Wolzen II. Ueberbrett-Parodie**  
10 hervorragende Spezialitäten.  
Ferner:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballett "Grigolatis".  
Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### Sanssouci

Im Garten:  
Täglich:  
- Hoffmanns -  
**Nordd. Sänger**  
und Konzert.  
Donnerstag, Sonntag u. Montag:  
**Tanzkränzchen.**

### W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16.  
Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Die Weidenfee.**  
Bühnenstück mit Gesang in 2 Bildern von W. Gerde. Musik von Schmidt.  
Im Saale: Tanzkränzchen.  
**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Auf fremder Erde.**  
Aufführung mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz.  
Aufführen der Operette "Chansonnette" von Hedwig Döring, des Grotesques "Sommer Paul Coradini, der Frères Douce, Gigeri u. Alkotasen. Tho Karleys, Musikalische Komödianten. Mr. Bartlings lebende Photographie. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kaibo.

### Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain  
Täglich:  
**Theater. - Ball.**  
Neue Spezialitäten.  
Jeden Abend  
**Berliner Leben.**  
10 Uhr. - Entree 30 Pf.  
Anfang 4 1/2 Uhr. - Entree 30 Pf.

### Reichshallen.

Heute, sowie täglich:  
Dumortier. Soiree der Stettiner Sänger.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

### Alle Wanzen

sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzenod. 0,50 u. 1 M. Schwaben, Kissen, Plüsch etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schl. 30 Pf. 60 Pf. 1 M.  
**1000 Mark Belohnung**  
zahlt demjenigen, der mit einer Richt-erfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein bei:  
18102  
**Hugo Barth, Droguerie,**  
Brunnenstr. 18, Ecke Peterstr. 123.

### Aufruf!

Am 11. 8. 1901 nachts 11 1/2 Uhr am Schleichers Bahnhof zu Berlin wird die Frau **Anna Dinter** aus Altona.  
Beschreibung: Alter 54 Jahre, Gestalt lang undager, Haare grau wellert, Augen blau-grau, Nase spitz, Kleidung: schwarzes Kleid mit weißen Streifen, schwarze Mieder-Linie, jeden gesteppten schwarzen Unterrock, einen weissen grauen und einen rotweissen Unterrock, weisses Hemd und weiße Unterhose, schwarze Strümpfe, schwarze Lederhose, schwarzen Spitzenhut mit gelben Blumen.  
Ermögige Meldungen werden ersehen an W. Dinter, Altona, Schulterblatt 33 3/4 Str.

### Ostbahn-Park.

Am Küstrinplatz, Rüdorsdorferstr. 71.  
**Kerman Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**



### Schönheit der Zähne ist eine Zierde.

**Max Guckel, Lausitzer 2, Zahn-Atelier.** Bestreuen und wohlbekannt. Künstl. Zähne, taubelose Kunstzähne v. 3 M. an, Plomb. v. 2 M. an. Keine Extrabeh. Schmerz! Zahnstehen. Ratens gekannt. Woche 1 M.  
**Kautab-Fabrik-Lager von Hugo Karl Hagenbruch**  
Mühlhausen in Thür., bei Aug. Kleinert, Berlin SW., Großbeckenstr. 39. Fernspr. VIa 10 560. Vertreter für Berlin und Baranie. \*

### Künstliche Zähne

ohne Wurzeln! Entfernung! Garantiert schmerzlos!  
Zahn-u. Wurzel-Operation, Plomben etc. Gangränöse Garantie.  
Teilzahlung Woche 1 Mark.  
**Bruno Steffens, Neanderstr. 21**  
**Alle Wanzen**  
sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzenod. 0,50 u. 1 M. Schwaben, Kissen, Plüsch etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schl. 30 Pf. 60 Pf. 1 M.  
**1000 Mark Belohnung**  
zahlt demjenigen, der mit einer Richt-erfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein bei:  
18102  
**Hugo Barth, Droguerie,**  
Brunnenstr. 18, Ecke Peterstr. 123.

### Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte

Berlin und Umgegend.  
Am 27. d. M. verstarb die Frau eines Mitgliedes, Kollegen **Carl Petrick.**  
**Louise Petrick.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M., 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Charlottenburg, Friedrichsbrunn Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
**Charlottenburg.**  
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß am 27. d. M. meine innig geliebte Frau, Mutter [21939]

### Louise Petrick

nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M. nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des neuen Luisenfriedhofs aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
Carl Petrick nebst Tochter.

### Wärmearbeiter.

Berlin II.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß am 28. August der Kollege  
**Karl Fleischer**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem St. Thomas-Kirchhof in Brix statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
192/1 **Der Vertrauensmann.**

### Centralverband d. Schmiede.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Benno Bieske**  
am Montag, den 26. August, im 21. Lebensjahre an der Profetierkrankheit verstorben ist.  
Ehre feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain nach dem Andreas-Kirchhof in Dönhofs-Straße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
176/8 **Die Ortsverwaltung.**

### J. Kallmann, 74/14

Münzstr. 14, 15 u. Kaiser-Wilhelmstr. 18.  
Sprecht. 8-8. Bahnoperationen mit ärztlicher Bedienung, für Krankenfall-Mitglied, auf Verlang, ohne Nachzahl.  
**Möbelstoffe!**  
auch Reize alle Qualitäten selten billig! Gelegenheitskauf!  
**Mocquett-Plüsch 5,35 M.**  
der Meter (130 Centimeter breit).  
Muster bei näher. Angabe franco.  
**Berlin S.,**  
**Emil Lefèvre, Kranienstr. 158.**  
**Herren-Anzüge,**  
Paletots u. Rob. eleg. Ausführung, auch fertige Gardeur-anzüge, liefert  
Landbergerstr. 15 prt.  
**J. Anzberg,** Teilzahlung gestattet.



**Centralverband der Maurer u.**  
Zahlstellen Berlins und Umgegend.  
Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr:  
**2 gr. Mitgliederversammlungen**  
für Wedding bei Bergmann, Pasewalkerstr. 3,  
für Weissensee bei Kühne, Köpcke-Str. 20.  
Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
1. Vortrag über: "Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation." 2. Diskussion. 3. Berichtlesen. 143/19  
Um rege Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

**Achtung, Bauanschläger!**  
Freitag, den 30. August 1901, abends 7 1/2 Uhr, in L. Kellers  
Schlöden, Köpenickerstr. 29:  
**Große öffentliche Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Unser Streik. 2. Berichtlesen.  
34/12 **Der Einberufer.**

**Steinarbeiter!**  
Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr, im Königshof,  
Bülowsstr. Nr. 38: 172/20  
**Innungs-Versammlung.**  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Gesellenauschuss.

**Männer-Vortrag.**  
Morgen, Freitag, ab. 8 1/2 Uhr, Engelauer 15.  
Gäste 20 Pf. 1 Broschüre.  
prakt. Naturheilk. Grundmann über: Syphilis.  
Gr. Berliner Naturheilk. Verein. Mitglieder-Kaufnahme in der Hellanst. 11-2, 6-8.  
Königsstr. 72, Ratn. 11. Sprechstunden 11-2, 6-8.

**Vereine. Achtung! Vereine.**  
Habe noch zwei größere Säle an Sonnabenden und  
Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar,  
März zu vergeben. Toten-Sonntag und Bußtag noch frei.  
H. Ebert, Kommandantenstr. 72.  
Neues Klubhaus. 2105/21

**M. Cohns Festsäle.** 2183/L  
Beuth-Strasse 20.  
Einige Sonnabende und Sonntage für die bevorstehende  
Saison noch zu vergeben. Moritz Cohn.

**Kinderwagen-Bazar „Baby“.**  
1. Invalidenstr. 109, an Brunnenstr.  
2. Oranienstr. 11, an Adalbertstr.  
3. Belle-Alliancestr. 107, am Bismarckplatz.  
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Andreasstr.  
5. Brunnenstr. 92, an Rügenstr.  
6. Reichenbergerstr. 96-8, Wedding  
7. Heusselstr. 18, an Thurmstr.  
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 56.  
Sportwagen von 4,50-6,00-60 Mk. 5, 13-100 Mk.  
Riesen-Auswahl. ♦ Teilzahlung gestattet.  
Bei größeren Raten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Vorschaurevoluta.

**Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik**  
D. Wurzel & Co.  
jetzt: Köpcke-Strasse 160, Mantuffelstrasse.  
Ecke 1000/21

**6. Wahlkreis.**  
Sonntag, den 1. September 1901, mittags 12 Uhr:  
Zum Andenken an  
Ferdinand Lassalle und unsre verstorbenen grossen Toten.  
**Vier Volks-Versammlungen.**  
Schönhäuser Vorstadt: Wernau, Schwedterstr. 23-24.  
Rosenthaler Vorstadt u. Gefundbrunnen: Swinemünder Gesellschaftshaus,  
Swinemünderstr. 42.  
Wedding u. Oranienburger Vorstadt: Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.  
Moabit: Arends Brauerei, Turmstr. 25-26. 219/18  
Referenten: Waldeck Manasse, Ströbel, Rosenow, Seine.  
Um zahlreiches Besuch bitten Die Vertrauensleute.

**Central-Verband der Zimmerer**  
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)  
Sonnabend, den 31. August 1901, in der Aktienbrauerei  
Friedrichshain (fr. Lipp), Am Königsthor:

**Großes Sommer-Fest**  
Feier des 18. Stiftungsfestes.  
Gr. Garten-Konzert

aufgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester. Dirig. Rud. Nitz.  
Auftreten der Gesellschaft Stragelwitz.  
Lebende Photographien. Preiskegeln. Fackelzug.  
Kinderbelustigungen aller Art, verbunden mit großartigen Ueberraschungen.  
Bei eintretender Dunkelheit deutliche Beleuchtung des Gartens.  
In beiden Sälen: **Großer Sommer-Nachts-Ball.**  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Die Kasseküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.  
Eintrittstaxen 25 Pf. Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr.  
Programme am Eingang des Gartens.  
Um recht regen Besuch wird gebeten. Freunde und Gönner sind eben-  
falls ganz ergebenst eingeladen. Das Komitee.  
Eintrittstaxen sind im Bureau, Engelauer 15, 3 Tr., Zimmer 32,  
in sämtlichen Bezugs-Jahrestellen, bei allen Bezugs-Kassierern, sowie bei den  
Komiteemitgliedern zu haben. 205/4

**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse**  
der Tischler (Hamburg III.)  
Sonnabend, 31. August, im Schweizergarten am  
**Grosses Sommerfest**  
zum 25jährigen Bestehen der Kasse. Zum Besten des Jubiläumsfonds.  
Großes Konzert u. Specialitäten.  
Kinderbelustigungen aller Art. Von 6 Uhr ab: **Grosser Ball.**  
Die Kasseküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Eintritt 30 Pf.  
Anfang 3 Uhr. Zu diesem Stiftungsfest ladet ganz ergebenst ein  
Das Komitee. 181/13

**Magdeburger Kautabak**  
empfiehlt die Tabakfabrik und Handlung von  
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer No. 3,  
am Engelbecken. Gegründet 1893. 157/4

**Anker-Briketts**  
sind zu haben bei  
Friedr. Daniel & Co.,  
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29.

**Sonnabende!**  
Noch frei (2188/2)

**Pracht-Saal,**  
mit Bühne zu 300-400 Pers.  
Neue Heizungsanlage.  
Weber-Strasse 17.

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Per golder**  
und Berufsge nossen.  
Freitag, den 6. September 1901,  
abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-  
auer 15, Saal 7:  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung**  
wobei die Herren Vertreter der  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer  
ebenfalls eingeladen werden. 173/20  
Tagesordnung:  
1. Die Verfügung des Herrn Ober-  
präsidenten betreffend die anderweitige  
Freisetzung der durchschmittlichen Tage-  
löhne. Abänderung der §§ 10, 12,  
13, 20, 30, 31. 2. Vortrag des Herrn  
Dr. Zadok über Apotheken und  
Krankenkassen. 3. Berichtlesen.  
Der Vorstand.  
Emil Boges, Johann Khamann,  
Vorstände. Schriftführer.

**Rixdorf.**  
Die Zahlende der Kranken-  
kasse der Maurer usw., G. S. G.,  
sowie des Verbandes der Maurer  
sind von jetzt ab bei Grosser,  
Kirchhofstr. 45, statt. 149/5  
Die örtliche Verwaltung.

die besten bei Gegenwart!

**Anker**  
**Briketts**

Prüfen Sie bitte:

**An die Arbeiterschaft Deutschlands!**

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kautabakfabrikate verhängt. Den Knebelrevers (Verjagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangende Nordhäuser Kautabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein. Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben. Die Kommission der Tabakarbeiter. 180/8

**Möbel Bartsch.**

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Rudolph Bartsch, Oranienstrasse 73, zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mar k stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gaspanne. Gegr. 1889.

**Kleine Anzeigen.**

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Zargengeschäft Familienangelegenheit wegen verfallener Weinbergstr. 10, Berlin. 139  
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.  
Sportbillig. Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Remontatouristen verkauft Reichhaus Reanderstr. 6. 73/15  
Möbelaufbau. Aufbaum, sportbillig verfallend, Gartenstr. 148, Vorderhaus 1 Treppe links. 113/20  
Teppiche mit Farbenflecken, Gebirgsbilder Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137  
Kinderwagen, Sportwagen, Bierenswahn, Bazar Baby, Jungs-Idenstr. 100, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 31, Belle-Alliancestr. 107, Reinholdsdorferstr. 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 66. Teilzahlung gestattet. 122/21  
Nähmaschinen und Feuer-Ver-sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Colmbische 43, Hof Keller. 85/21  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, möglichst 1,00, fünfjährige Garantie. Turmstr. 39, Bernauerstr. 49, (auch Volkstheater)

**Wohnungen.**  
2 Stuben und Küche zum Oktober billig zu vermieten Rosfelderstr. 31, neues, sauberes Haus, nahe Stadt-bahn. 107/6  
Zimmer.  
Kleines möbliertes Zimmer für Herrn, Müller, Gauderplatz 10, Seitenflügel III. 77  
Teilnehmer für mein gut möbliertes Balkonzimmer gesucht. Frau Jacoby, Colbergerstr. 26, vorn III.  
Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu vermieten. Rosenhof, Forsterstr. 54, Hof III.  
Schlafstellen.  
Schlafstelle, Rosendorn, Elisabeth-Str. 39, Hof rechts. 161/6  
Freundliche Schlafstelle Kommandantenstr. 82 Hof links 1 Tr. Brit.  
Schlafstelle Wandbergstr. 113 Querstraße I. Dreifach. 147/6  
Möblierte Schlafstelle, (eparat, Badstr. 21/22 Querstraße, Gurt.  
Schlafstelle Ruppinerstr. 17, Wagon. 145/6

**Möblierte Schlafstelle, Herrn.**  
Stallschreiberstr. 61 IV, hoch.  
Eine freundliche Schlafstelle für Herren Gampshausenstr. 18 bei Ranan. 155/6  
Freundliche Schlafstelle, Oranienstr. 188 vorn III. Teilg. 125  
2 Schlafstellen, Schönholzerstr. 7 vorn IV. Wagner. 158/8  
Herr findet gemächliches Heim mit auch ohne Kost, unter „Südlichkeit“, Postamt 36. 157/5

**Mietgesuche.**  
Pension per 1. Oktober für allein-schende Dame, höchstens 20 Minuten vom Dönhofsplatz entfernt, gesucht. Offerten mit Preisangabe unter „Dönhofsplatz“ Hauptpostlagerend.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Minder Schriftsteller bietet um Arbeit. Stille werden zu den billigsten Preisen gehalten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück-geliefert. Adresse: Kulackstr. 27, A. Wäfer.

**Vermischte Anzeigen.**  
Unfalllosen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Bagger, Straßengericht. 2570/6  
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends 7/2  
Rechtsbureau, Teufelstr. 109  
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Rat-erteilung, Andreestr. 109/6  
Bücherkauf zu höchsten Preisen. Gohren, Margrafstr. 101.  
Fahrrad, 50,00, taugt Maybach Gladbachstr. 28. 75/2  
Augustabad, Köpenickerstr. 60  
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-tassen. 73/2  
Achtung! Wernau Schwedterstr. 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Säle zu Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Coulaute Bedingungen. 78/2

**Verloren Dienstag, 27. August**  
1901, nachmittags, ist auf dem Wege vom Reichert Bahnhof - Halleischer Thor und zurück bis Potsdamer Bahnhof eine schwarze Brieftasche, Inhalt ein Adressverzeichnis Mitgliederverzeichnis III., sowie eine alte Postkarte, Inhalt ein Brief, dieselbe bei Herrn Vier, Alte Poststr. 119, abgegeben. 154/6  
Lokal zu Arbeitsnachweis, zwei Vereinszimmer, Planino, Regelfabrik, empfiehlt Singer, Schützenstr. 18. 148/6  
Platin, altes Gold, Silber, Weisse, künstliche Zähne, alte Uhren, Brillanten, sowie sämtliche Metalle taufst Diamanten. 67 parterre. 112/3

**Verloren Dienstag, 27. August**  
1901, nachmittags, ist auf dem Wege vom Reichert Bahnhof - Halleischer Thor und zurück bis Potsdamer Bahnhof eine schwarze Brieftasche, Inhalt ein Adressverzeichnis Mitgliederverzeichnis III., sowie eine alte Postkarte, Inhalt ein Brief, dieselbe bei Herrn Vier, Alte Poststr. 119, abgegeben. 154/6

**Verloren Dienstag, 27. August**  
1901, nachmittags, ist auf dem Wege vom Reichert Bahnhof - Halleischer Thor und zurück bis Potsdamer Bahnhof eine schwarze Brieftasche, Inhalt ein Adressverzeichnis Mitgliederverzeichnis III., sowie eine alte Postkarte, Inhalt ein Brief, dieselbe bei Herrn Vier, Alte Poststr. 119, abgegeben. 154/6